

Solidaritätspreis 3,- DM

FORUM

Zeitung der

SAW

Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Nr. 190 Juni 1997

Krisenkanzler ohne Mehrheit:

AMT KOLN abrechnen!

Die Regierung steckt im Sumpf: Die Steuerschätzungen sagen Mindereinnahmen in Höhe von 18 Milliarden DM voraus. Dazu kommen noch zusätzliche Ausgaben für die Kosten der ungebrochen hohen Arbeitslosigkeit. Die Klart innerhalb der Koalition ist unter dem Druck der anstehenden Probleme größer denn je.

**Stephan Kimmeler,
ÖTV-Mitglied,
Stuttgart**

Der dickste Brocken ist die Arbeitslosigkeit. Einkalkuliert war, 3,75 Millionen Arbeitslose zu finanzieren, statt diese Arbeitskräfte sinnvoll zu nutzen. Der weitere Anstieg auf durchschnittlich 4,25 Millionen 1997 sprengt jedoch den Haushaltsrahmen: Zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit sind weitere 20 Milliarden DM nötig.

Damit steht die Regierung vor einem Scheitern. Die CDU versucht, auf die bröckelnden Reste ihrer Basis Rückblick zu nehmen und laviert herum. So sollen Mineralölsteuererhöhungen die Rettung sein. Dies wurden aber schon zum Auffüllen der Milliardenslöcher der Rentenkasse eingeplant. Eine weitere Überlegung ist, die Masse der Bevölkerung durch Mehrwertsteuererhöhungen zur Kasse zu bitten.

Die FDP will dies verhindern – sie will mit schärferem Sozialabbau die Haushaltslöcher stopfen. Sie fordert offensiv Privatisierungen in Höhe von 100 Milliarden DM und weitere Steuererhöhungen. Privatisierungen führen zu steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Unsicherheit für die Beschäftigten – bei schlechteren Leistungen für uns alle. Dafür entste-

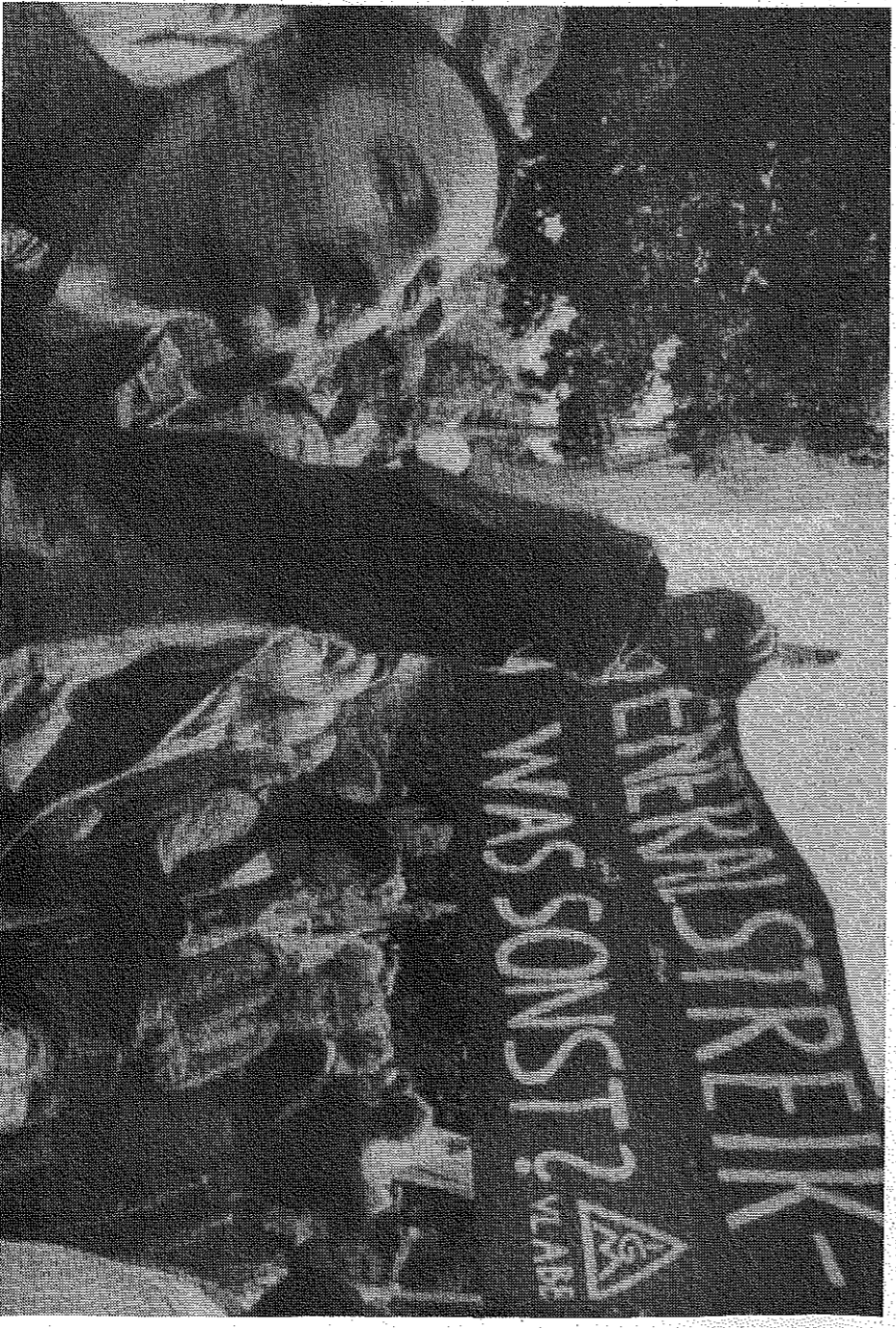
CDU und FDP stellt die gesamte Koalition in Frage. Bereits 1966 und 82 stützten Regierungen in Haushaltslöcher. Auch damals kam es zu Diskussionen, ob mit Steuererhöhungen oder wie sonst die Kosten auf die Bevölkerung abgewälzt werden können.

Nach den Erfahrungen mit dem letzten Sparpaket wird es für die Herrschenden nicht einfach werden, weitere Angriffe durchzuziehen. Während die Gewerkschaftsführung es letztes Jahr noch schaffte, die Proteste zunächst auf Demos am Wochenende zu beschränken – was immerhin zur größten gewerkschaftlichen Nachkriegs-Demo mit über 350.000 führte – nahmen die KollegInnen die Verteidigung der Lohnfortzahlung mehr und mehr in die eigene Hand. Das Ausmaß der Streiks am 1. Oktober zwang Daimler, Siemens & Co zum vorläufigen Rückzug.

Die Kämpfe der Bergarbeiter, die nicht erst auf einen Aufruf ihrer Gewerkschaft warten, sondern nach Bonn zogen und das Regierungsviertel stürmten, sowie die Proteste der Stahlarbeiter zeigen, daß sich die Stimmung geändert hat. Eine weitere Provokation könnte eine Lawne lostreten.

Lasche Opposition

Auf der anderen Seite ist die Regierung in ihre eigenen Pläne eingespart: Die Mastricht-Kriterien und die Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – damit auch des Euro – legen fest, dass weitere Staatsschulden nicht möglich sind. Mit geplanten 2,9 Prozent Neuverschuldung versucht Wangel gerade noch die Kurve der Konvergenz-Kriterien (3



Letztes Jahr protestierten Hunderttausende ArbeitnehmerInnen gegen das Sparpaket der Kohl-Regierung. Laut Umfrage hat sie keine Mehrheit mehr (siehe Grafik). Es wird immer klarer, daß diese Regierung nur die Interessen der Banken und Konzerne vertritt. Doch die SPD zeigt keine Alternative auf, schlägt im Kern die gleiche Politik vor.

Hauptprojekt, den Euro, vorziehen.

Mit den bisherigen Staatsschulden geht auch heute schon ein beträchtlicher Teil der Steuern direkt auf das Konto der Banken über.

Die Regierung ist eigentlich am Ende. Die einzigen die Kohl und Kinkel noch halten, das ist die lasche Opposition. Die SPD kindigt immer mal wieder großspurig an, mit der Koalition ab-

während Arbeitnehmer und Arbeitslose die immer größer werdenden Haushaltslöcher stopfen müssen – wodurch an anderer Stelle neue Löcher gerissen werden.

Und Abrechnung muß auch heißen, eine Alternative zu demselben Kurs aufzuzeigen und Neuwahlen zu fordern. All das tut die SPD nicht. Lafontaine, Schröder und Co. streiten sich stattdessen darum, wer von ih-

Laut Umfragen haben die Regierungsparteien keine Mehrheit mehr:

38

37

Blairismus in der SPD

Nach dem erdruhschartigen Sieg von New Labour bei den Parlamentswahlen in Großbritannien wird der deutsche Tony Blair gesucht. Den haben die bürgerlichen Medien schnell gefunden: Gerhard Schröder, dessen erste Reaktion auf die Wahlen war: „Das ist der Erfolg eines charismatischen Politikers, der es versteht, Programm und Person zu einer Identität zu verschmelzen.“ Und meint damit sich selbst.

Sascha Stanicic, SAV-Bundesvorstand

Doch wer die Wahlen in Großbritannien serios untersucht, wird feststellen, daß New Labours Programm darin bestand, kein eigenständiges Programm zu haben, sondern so weiter zu machen wie bisher die Tories – nicht anders, sondern besser“ (siehe auch Artikel Seite 8) Der konservative Haushaltsplan wurde übernommen, die drakonischen Anti-Gewerkschaftsgeetze werden nicht angeht, Privatisierungen nicht rückgängig gemacht. Wenn hier „Programm und Person zu einer Identität verschmelzen“, ist Tony Blair die größte Nullnummer des Jahrzehnts.

Unter Tony Blairs Führung wurde die Labour Party zu New Labour, wurde eine Arbeiterpartei, die noch in den 70er und frühen 80er Jahren zu den eher linken sozialdemokratischen Parteien in Europa gehörte, zu einer durch und durch pro-kapitalistischen Partei. Sie hat ihre Mitgliederbasis in der Arbeiterklasse weitgehend verloren, kappt ihre Verbindung zu den

Gewerkschaften, hat jeden Bezug zum Sozialismus über Bord geworfen und ist zu einer Yuppie-Party geworden.

Dies ist in wenigen Jahren in einem rasanten Tempo geschahen: In der SPD mag der Prozeß etwas langsamer und weniger geradlinig sein, er bleibt aber grundlegend derselbe. Insofern hat Oskar Lafontaine (traurigerweise) recht, wenn er anmerkt, die SPD könne nicht mehr so viel von New Labour lernen, allenfalls von der Darstellungsweise über die Medien.

Was Tony Blair (und sein Vorgänger Kimock) in wenigen Jahren durchgezogen hat – die Labour Party komplett umzukrempeln – war in der deutschen SPD ein schlechterer Prozeß, der sich über einen Zeitraum von Jahrzehnten hinzog.

Schon 1959 strich die SPD auf ihrem Godesberger Parteitag das Bekenntnis zu einer sozialistischen Gesellschaft basierend auf dem Gemeinegut an Produktionsmitteln aus dem Programm.

Doch trotzdem blieb die SPD weiterhin die Partei, mit der sich der große Teil der Arbeiterklasse identifizierte, die sie als ihre parlamentarische Vertretung ansah und in die aktive GewerkschaftlerInnen eintraten (selbst wenn sie mit dem Kurs der Führung nicht einverstanden waren).

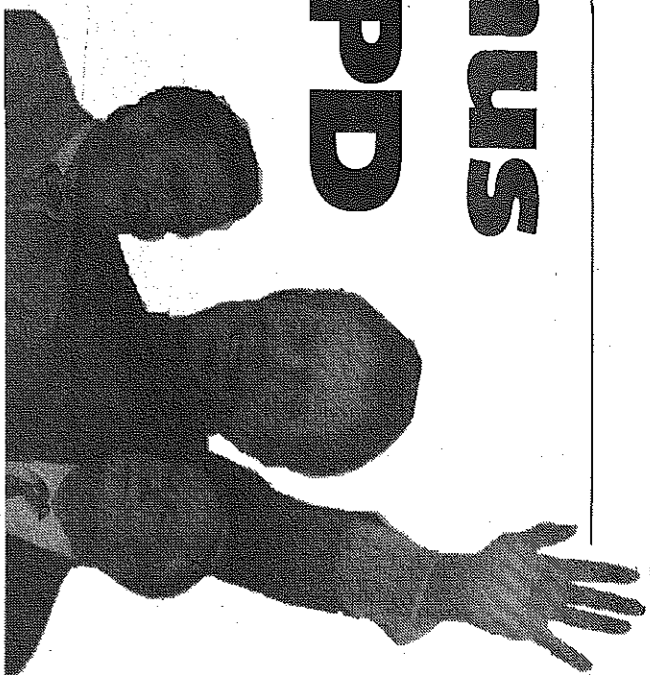
Grundlage für diese Haltung der Mehrheit der Arbeiterklasse gegenüber der Sozialdemokratie war, daß diese mit dem Kampf für und der Durchsetzung von Verbesserungen im Interesse der arbeitenden Be-

zwischen Rentenleistungen und dem Wachstum von Sozialprodukt und Produktivität wird in der ganzen Debatte schlicht unterschlagen.

Norbert Blüm selbst hat in einer Fernsehdiskussion den Vergleich mit der Landwirtschaft gezogen: Früher konnte ein Bauer nur eine Handvoll anderer Menschen ernähren, heute ist es ein Vielfaches davon. Hätte man Berechnungen über die Bevölkerungsstruktur auf der Basis früherer Produktivität gemacht, wäre die Prognose gewesen, daß heute alle hungern.

Zusammenhang mit dem Sozialprodukt

Dasselbe gilt für die Renten. Es gibt keinen Automatismus, der bei steigenden Rentenzahlen zwangsläufig zu wachsenden der Belastung und Grenzen der Finanzierbarkeit führen muß. Wenn Sozialprodukt und Produktivität steigen, können weniger Berufstätige mehr Rentner



Tony Blair: Schröder und Lafontaine wollen nicht nur seinen Wahlerfolg nachahmern, sondern auch seiner Säuberung der Labour Party von allen sozialistischen Resten.

völkerung und der Jugend identifiziert wurde. Doch mit der Weltwirtschaftskrise 1973/74 ging die Phase von Reformpolitik zu Ende und die SPD-geführte Bundesregierung ging zu Reformabbau über.

Eine SPD, mit der die Hoffnungen von Millionen auf ein besseres Leben, ja sogar auf einen dritten Weg zu einem demokratischen Sozialismus verbunden waren – daran kann sich heute nur die ältere Generation erinnern.

Heute sieht die SPD anders aus: sie ist von der CDU kaum zu unterscheiden und betreibt in den Ländern und Kommunen selber drastischen Sozialabbau. Verbale Opposition gegen bestimmte Maßnahmen der Kohlregierung (wie die Senkung der Vermögenssteuer oder die Kürzung der Lohnfortzahlung) bedeutet erstens keine grundlegend andere Politik, und zweitens bleibt sie Rhetorik vor dem Hintergrund der sozialen Demontage, der die SPD im Bundesrat zustimmt und in den Ländern und Kommunen selber beschließt.

Unterhalten. Was zur Krise führen kann, sind die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die wenig mit „Überalterung“, aber viel mit der Krise des Kapitalismus und Interessenspolitik zu tun haben.

Vor allem aus diesen Gründen ist die Belastung der Berufstätigen durch Rentenversicherungs- und andere Sozialabgaben gewachsen:

– Die Massenarbeitslosigkeit führt zu sinkenden Beitragsentnahmen, ebenso die sinkende Bruttolohnsumme und die Zunahme nicht-versicherungs-

– Die Unternehmer ziehen sich immer mehr von „ihrem“ Anteil an den Sozialabgaben (den wir letztlich auch erwirtschaften) zurück, wodurch die Beitragslast für die Arbeitnehmer gesteigert ist (durch Zuzahlungen, Er-gänzungsversicherungen, u.ä.) Das hat aber etwas mit der Verteilung des Sozialprodukts zu tun, nicht damit, daß es zuwiewe RentnerInnen gebe.

Selbst heute, unter den seit Jahren verschlechterten Rahmenbedingungen, beträgt der Anteil der Rentenzahlung am gesamten Sozialprodukt mit 14 Prozent nicht viel mehr als vor 20 Jahren, trotz ebenfalls gesteigerter Anzahl von Rentenbe-

zieren.

Alle derzeit diskutierten veränderten Rentenmodelle wie steuerefinanzierte Grundrente, private Altersvorsorge ändern nichts daran, daß die Renten aus dem laufenden Sozialprodukt finanziert werden müssen. Es gibt bei-

Unser Standpunkt

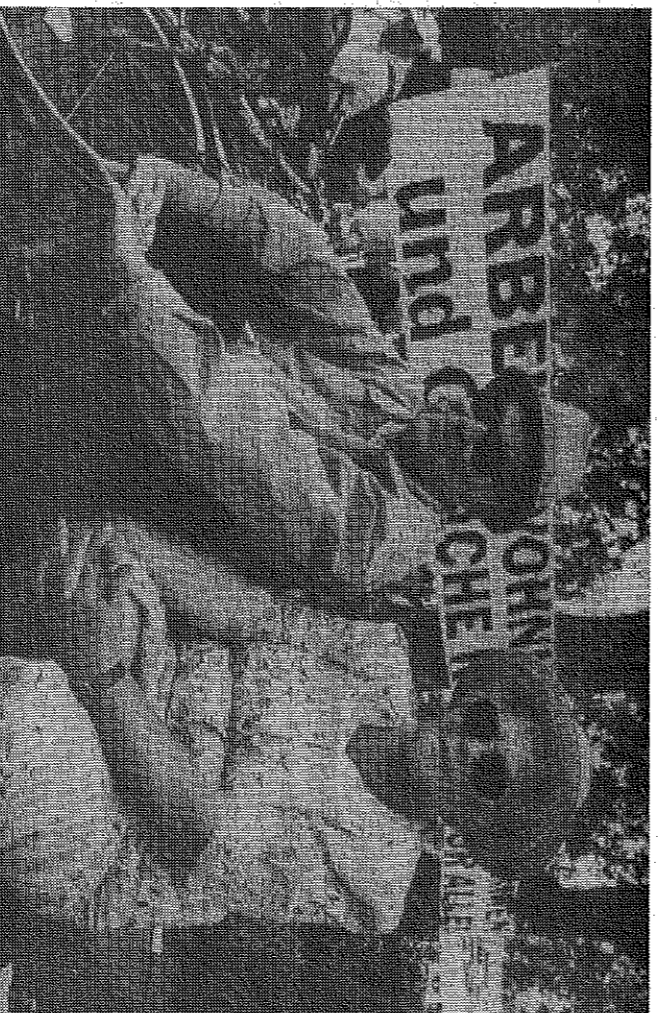
Weder Schröder noch Lafontaine

„Keine CDU-Politik in der SPD! Stoppt Schröder!“ – so traten einige linke Jusos beim Bundeskongreß ihrer Organisation in Berlin auf. Damit vermitteln sie denselben Eindruck, den die bürgerlichen Medien von einem anderen Standpunkt aus vertreten: in der SPD ständen sich zwei verschiedene Politikmodelle gegenüber. Auf der einen Seite steht der deutsche Tony Blair, der „Modernisierer“ und „Reformer“ Schröder, und auf der anderen Seite der an sozialdemokratischen Grundwerten festhaltenden „Blockierer“ Lafontaine.

Abgesehen davon, daß die Bürgerlichen mittlerweile die Bedeutung von Begriffe auf den Kopf stellen (Arbeitsplatz und Sozialabbau sind „moderne“ Reformen, während das Eintreten für soziale Gleichheit „konservativ“ genannt wird), bezogen auf Lafontaine und Schröder ist das blanke Unsinns. Richtig ist, daß Schröder einen schnelleren Kurs verfolgt, die SPD nach New Labour-Vorbild umzukrempeln und zu einer durch und durch kapitalistischen Partei zu machen.

Aber Lafontaine vertritt keinen grundsätzlich anderen Kurs. Seine Politik sieht nicht die Verteidigung der Errungenschaften und sozialen Rechte der Arbeiterklasse vor. Er benutzt andere Worte, um in dieselbe Richtung zu argumentieren. In der Frage des Euro vertritt er knallhart die Position der Mehrheit der deutschen Kapitalisten. Es ist deshalb unsinig sich auf die Seite Lafontaines gegen Schröder zu stellen. Das wäre nur dann sinnvoll, wenn Lafontaine die SPD als Arbeiterpartei erhalten wollte. Aber der SPD-Zug fährt mit Volldampf nach rechts und ist nicht mehr aufzubremsen. Als Werkzeug, um die Rechte der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend zu verteidigen, ist sie unbrauchbar geworden. Unsere Schlussfolgerung lautet deshalb: Weder Lafontaine noch Schröder, sondern Kampf für eine sozialistische Alternative.

Der Rechtsruck, den die SPD seit Mitte der 80er Jahre durchgemacht hat, geht weiter als zu jedem früheren Zeitpunkt in ihrer Geschichte, denn es ist nicht als nur ein Rechtsruck an der Spitze der Partei. Im Gegensatz zu früher gibt es keinen starken linken Flügel mehr in der SPD, der eine Attraktivität auf Arbeitnehmern und Jugendlichen ausstrahlen könnte. Die Ortsvereine entleeren sich und vor allem Arbeiter und linke Aktivisten ziehen sich daraus zurück. GewerkschaftlerInnen, vor allem im Öffentlichen Dienst



Die Senkung des Rentenniveaus befördert den Zwang zur privaten Altersvorsorge. Dahinter stecken die Interessen der großen Versicherungskonzerne.

kung des Anteils am Sozialprodukts) oder um die Sicherung der Renten, sondern um – weitere Lastenverschiebung und Umverteilung zu Lasten der Masse

– Aufbau großer privater Rentenfonds bei den Versicherungen, die die Rententückstellungen für die Finanzmärkte verfügbar machen.

Mini-Grundrenten, egal ob steuer- oder beitragsfinanziert, bedeuten natürlich zum einen eine weitere soziale Kürzung. Zum anderen befördern sie den Zwang zur privaten Altersvorsorge.

Risiko Privatvorsorge

In Britannien ist dieser „Um- bau“ des Rentensystems unter Thatcher schon durchgezogen worden. Die monatliche Grundrente beträgt dort nur noch 16

(1996). Man muß sich also zusätzlich privat versichern, sofern man das als Kleinrentener überhaupt kann.

Auch hier wird uns die private

Vorsorge als „3. Säule“ angeboten, neben gesetzlicher Rente und den Betriebsrenten, wo es sie noch gibt. Dahinter stecken die Interessen der Versicherungen und Investmentfonds, große Pensionfonds aufzubauen, die nicht paritätisch verwaltet sind, sondern allein unter ihrer Kontrolle stehen.

In den USA oder Britannien

verwalten solche Pensionfonds riesige Summen an Rentenrückstellungen und legen sie an den internationalen Finanzmärkten an. Natürlich zweigen die Pensionfonds aus dem Vermögen auch die Profite für sich ab. Die Rentenauszahlung erfolgt aus den Erträgen dieser Anlagen, also aus der Spekulation an den

mit variablen Erträgen (also nicht festverzinslich), in Britannien macht dieser Anteil zum Beispiel 76 Prozent aus. Bei Fehlspekulationen oder einem allgemeinen Börsenruch sind die Ersparnisse weg.

Private Rentenvorsorge ist daher alles andere als eine Sicherung der Renten, sondern dient vor allem dazu, Anlagekapital für die global player auf den Finanzmärkten des Casino-Kapitalismus anzusammeln.

Wir erwirtschaften genügend Reichtum, um jedem eine anständige Rente zu zahlen, bei einer Mindestrente nicht auf Sozialhilfeniveau a la Biederkopf, sondern von 2000 netto monatlich für Alleinlebende. Dazu muß aber die Macht eben der global player, der großen Konzerne und Versicherungen, gebrochen werden, statt ihnen un-

gerechtes Erbsparnisse zu Spekula-

Der Mythos von der „Rentnerschwemme“

Kaum eine Woche vergeht, in der nicht über die Krise der Rentenversicherung und Rentenkürzungen debattiert wird. Angeblich, weil es zu viele RentnerInnen gibt. Wie es scheint, leben wir einfach zu lange. Vielleicht sollten wir uns aus Gründen der Solidarität kurz vor dem Renteneintritt lieber die Kugel geben?

Angela Bankert, SAV Köln

Ständig ist von Überalterung der Bevölkerung die Rede, werden Horrorszenerarien für die Zukunft entworfen. 1995 kamen auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter 24 Personen im Alter ab 65. 2040 sollen es 56 sein, also etwas mehr als eine Verdoppelung in einem Zeitraum von 45 Jahren.

Aber: heute wird in Deutschland dreimal soviel produziert und geleistet wie vor 35 Jahren, mit 20 Prozent weniger Einsatz an Arbeit. Der Zusammenhang



Weiter abwärts für die Bauarbeiter

Über 400.000 arbeitslose Bauarbeiter: Für die Bauunternehmer ist das der ideale Ansatz, um die verbliebenen Kollegen zu erpressen. In der Tarifrunde des Bauhauptgewerbes sind massive Verschlechterungen durchgesetzt worden.

Claus Ludwig, Köln

Die Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent wurde aufgehoben, doch an den ersten drei Krankheitsstagen werden weiterhin nur 80 Prozent gezahlt. Als „Ausgleich“ für die Unternehmer wurde das Urlaubsgeld von 30 auf 25 Prozent gekürzt, das Weihnachtsgeld auf höchstens 77 Prozent. Je länger ein Bauarbeiter krank ist, desto größer ist die Kürzung.

Die Lohnerhöhung bleibt mit 1,3 Prozent unter der offiziellen Inflationsrate. Über die weitere Angleichung der Ost-Einkommen an den Westen wurde nicht beschlossen. Eine neue Niedriglohngruppe für Langzeitarbeitslose wurde eingeführt. Sie müssen sich jetzt mit 17 DM Stundenlohn begnügen. Hieran zeigt sich das Scheitern der Strategie der IG BAU, den Unternehmen entgegenzukommen. Im letzten Jahr forderte die IG BAU, daß alle Firmen einen verbindlichen Mindestlohn zahlen müssen. Doch anstatt für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen, ließ sie sich darauf ein, für ausländische Arbeiter einen niedrigeren Lohn zu fordern. Der erste Kompromiß wurde von den

Baunehmen wieder aufgekündigt, um eine weitere Senkung zu erzwingen. Am Ende stimmt die IG BAU zu, daß der Mindestlohn bei 17 DM im Westbauarbeiter ca. 22 DM betragen soll. Dieser Abschluß kommt jetzt als Bummerang für alle Arbeiter auf dem Bau zurück. Die Abwärtsspirale geht weiter.

Probleme verschärft

Die Arbeitslosigkeit unter Bauarbeitern ist trotz dieser Zugeständnisse auf Rekordhöhe mit dem Abbau von 70.000 Arbeitsplätzen gerechnet. Die Erpressung mit den Niedriglöhnen der ausländischen Kollegen, so-

wohl der legalen EU-Arbeiter als auch der illegalen, die zum Teil Stundenlöhne unter 10 DM bekommen, geht verschärft weiter.

Als die Wut der Bauarbeiter stieg, kam die IG-BAU-Führung unter Druck und drohte mit Streiks. Daraufhin wurden in den Medien Horrorszenerien gemalt, wie Bauarbeiter mit Gewalt gegen die ausländischen Arbeiter vorgehen. Die Gleichsetzung von Streiks mit rassistischen Ausschreitungen ist Teil der Propaganda der Unternehmer, ihrer Regierung und ihrer Medien. Sie tun so, als ob sich die Wut der Bauarbeiter automatisch gegen die ausländischen Kollegen richten müsse und als ob es undenkbar ist, daß diese während der Kapitalistensind.

Auch die IG-BAU-Führung benutzt die Ängste vieler Kollegen vor solch einem „unkontrollierbaren“ Streik, um eine Zustimmung zu dem „Kompromiß“ als kleineres Übel darzustellen. Doch ein gut organisierter Streik, der die Großbaustellen lahmgelegt hätte, verbunden mit Solidaritäts-Demonstrationen anderer Branchen und Ankündigung durch die IG BAU, wo die wahren Schuldigen sitzen, wäre nicht in nationalistischen Kravallen geendet, sondern wäre nur für die Unternehmer und ihre Regierung unkontrollierbar gewesen.

Richtig ist, daß die Wut der Kollegen auf dem Bau sich gegen die ausländischen Arbeiter richten kann, wenn die Gewerkschaft keine klare Perspektive aufzeigt. Schon bei der Protesten im März auf der Berliner Reichstagsbaustelle gab es nationalistische Elemente. Die IG BAU sagt zwar formal



Berlin im März dieses Jahres: Bauarbeiter stürmen eine Baustelle, um gegen Billiglöhne zu demonstrieren. Die IG BAU muß für gleiche Löhne für gleiche Arbeit kämpfen.

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte 14.000 Arbeitsplätze gefährdet

Berlins zweitgrößter Arbeitgeber, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), soll Personal beschließen. Ein vom Bunderrat beschlossenes Zuständigkeitsänderungsgesetz (ZÄG) sieht die Streichung von 10.000 Stellen in der Berliner Zentrale vor, außerdem sollen im RefA-Bereich weitere 4000 Stellen gekürzt werden. Am 24. April demonstrieren gegen das ZÄG. Sie konnten damit verhindern, daß das ZÄG

nicht – wie geplant – vom Bunderrat per Beschluß zur Verabschiedung an den Bundestag überwiesen wurde. Doch das ZÄG ist damit nicht vom Tisch. Jörg Würtke von der SAV-Berlin interviewte die Kolleginnen Ines, Angestellte in der BfA-Zentrale in Berlin.

für die Angestellten bundesweit, dazu kommt die Bearbeitung von Anträgen auf Versorgungsausgleich bei Scheidungen, Anträge auf berufsfordernde Maßnahmen und auf Unterstützung für Behinderte. In Berlin wurden in den letzten Jahren moderne Computersysteme eingeführt. Die Kolleginnen haben sich in diese eingearbeitet. Das hat dazu geführt, daß sich die Bearbeitungszeiten verringert haben. Bei Dezentralisierung der Rentenversicherung würde sich ein hoher Arbeitsaufwand, aber auch ein hoher finanzieller Aufwand ergeben. Die Bearbeitung der Anträge würde sich verlangsamen. Wie der anfallende Arbeitsaufwand dann mit den 10.000 Beschäftigten weniger bewältigt werden soll, ist ein Rätsel. Wahrscheinlich durch einen höheren Arbeitsdruck in den Landesversicherungsanstalten.

Konnte mit der Demo am 24. 4. das ZÄG vom Tisch gefegt werden?

Keinesfalls. Bei jeder Bundestagung kann der Antrag zur Verweisung des ZÄG an den Bundestag gestellt werden. Es ist klar, wenn es dazu kommt, wird die komplette Belegschaft nach Bonn fahren und protestieren. Für die Kolleginnen gilt es, wachsen zu bleiben und mit weiteren Aktionen deutlich zu machen, daß sie einen Arbeitsplatzabbau bei der BfA nicht

Da bin ich mir nicht so sicher. Als im letzten Jahr das Gesetz im Bunderrat verabschiedet wurde, beruhigten auf einer Personalversammlung führende Vertreter der ÖTV und DAG die Belegschaft damit, daß der Bürgermeister Diepgen (CDU) mit dem Bundeskanzler telefoniert habe und damit das ZÄG vom Tisch gebracht hat. Ein Gipfel der Naivität! Nur ein Vertreter der Gewerkschaft war skeptisch, daß ein Telefonat staatsrechtliche Regelungen aufheben kann.

Dazu kommt, daß führende Vertreter der Gewerkschaften in den Personalvorständen sitzen und nicht wenig mit der Gesellschaftsleitung rumkugeln. Die Vertreter werden sicher nicht nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes durch das Rost fallen. Es wird gemunkelt, daß diese Abfindungen in der Höhe bis zu 300.000 DM bekommen. Ich glaube nicht daran, daß diese einen ernsthaften Arbeitskampfinteressiert sind. Ein deutliches Indiz dafür ist auch, daß die Gerichtliche oftmals schneller für die Kolleginnen notwendige Informationen liefert als die offiziellen Informationskanäle der Gewerkschaften, so war es auch nach der Verabschiedung des ZÄG.

Nun sollen Gewerkschaftsvertreter dafür da sein, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten und nicht irgendwo in Vorständen zu hocken, um

den. Ist deiner Meinung nach eine bewährte notwendige Gegenwehr gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst möglich? Ich denke ja. Der Unmut, aber auch die Kampfbereitschaft der Kolleginnen ist groß, der gesamte öffentliche Dienst steht ja unter Beschuß. Entscheidend ist aber, wie weit Druck von unten gemacht wird, damit sich die oberen Gewerkschaftsorgane bewegen und einen ernsthaften Kampf organisieren.

Der Senat ist der Arbeitsplatzvernichter Nr. 1 in Berlin, warum wurde der Regierende Bürgermeister Diepgen zu der Demo gegen Arbeitsplatzabbau am 24. Mai eingeladen? Er war eingeladen, um sich auf der Demo zu positionieren, ob und wie er das ZÄG im Bundestat verhindert. Aus terminlichen Gründen konnte er nicht zur Demo kommen. Selbstverständlich war die Senatführung neutral durch die Veranstaltung, interviewte den Fahrer der PS-Zahl seines LKW und war sich zu fern, die Kolleginnen und Kollegen zu duzen. Schließlich mußte man sich dann auch noch einen sexistischen Angehörigen Komiker antun.

Alles im allem war diese Kundgebung mehr als ärgerlich. So kann man keinen Kampf gegen Kürzungen gewinnen oder die ÖTV aufbauen. Doch dies

richtig, daß die ausländischen Kollegen nicht schuld an der Lohnrückerei sind, doch ihre praktische Politik sieht anders aus. Sie unterstützt polizeiliche Razzien auf Baustellen. Für die Unternehmer enden diese Aktionen mit lächerlichen Geldstrafen, für die betroffenen Arbeiter mit der Abschiebung. So werden diese weiter isoliert und eingeschüchtert. Das ist für die Unternehmer der ideale Hebel, um Löhne niedrig zu halten oder sogar vorzuenthalten. Stöcherheits- und Arbeitszeitbestimmungen zu mißachten.

Immer wieder haben italienische und britische Arbeiter auf deutschen Baustellen mit Streiks gegen die Frechheiten ihrer Bosse geantwortet, doch die IG BAU hat sich dabei nicht blicken lassen. Der einzige Weg vorwärts ist die gemeinsame Aktion aller Bauarbeiter, mit dem Ziel, die Löhne nach oben anzulegen. Das zu erklären, wäre die Aufgabe der Gewerkschaft. Die Alternative dazu ist, daß der Druck auf die Löhne stärker, die Unternehmer immer dreister werden und die Kampfkraft der Gewerkschaft durch die Durchlöcherung der Tarife immer geringer wird. Ein Teil der Bauarbeiter könnte dann tatsächlich den Frust in nationalistische Übergriffe münden lassen, doch das wäre kein Ergebnis einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik und von Streiks, sondern des Nicht-Kämpfens, der ewigen Rückzüge.

ÖTV im Gesundheitswesen



Demonstration gegen die Seehoferschen Kürzungen. Die ÖTV hat den Kampf nicht geführt, sondern Gegenwehr simuliert

Dumme Witze statt Gegenwehr

Für den 13. Mai rief die ÖTV zum Protest gegen drohende Kürzungen im Gesundheitswesen in Bonn auf. Aus ganz Nordrhein-Westfalen sollten die Beschäftigten kommen. Weniger als 1000 Kollegen folgten schließlich diesem Aufruf.

Holger Dröge, JAV-Vorsitzender Uniklinikum, Aachen

Zwar war der Termin für die Kundgebung schon seit 7 Wochen bekannt, doch von einer Mobilisierung konnte keine Rede sein. In Aachen wurden zwar Vertrauensleute angesprochen, doch dabei wurde es belassen. Erklärungen, warum es gerade jetzt notwendig ist, nach Bonn zu fahren, gab es nicht. Ganz zu schweigen von der direkten Ansprache der Kollegen. Da muß man sich dann nicht wundern, wenn sich aus Aachen gerade mal 22 Leute auf den Weg machen.

Die Angst vor Aktionen der ÖTV nicht gerade, die Mitglieder zu informieren. Dann wird, oftmals zu spät für eine effektive Mobilisierung der Beschäftigten, halbherzig zu Aktionen aufgerufen. Vertrauensleute Personalräte oder Jugendvertreter werden nicht rechtzeitig oder umfassend informiert. Der Kampf gegen die dritte Stufe der „Gesundheitsreform“ hätte im Dezember geführt werden müssen. Zehntausende gingen damals auf die Straße, doch die ÖTV ließ die Beschäftigten der kleinen Krankengymnasien und der Kurkliniken alleine demonstrieren, informierter nicht in Krankenhäusern unter Altenheimen, welche Auswanderer Seehofers Kahlschläger dort haben werden. Ihr „Wildstand“ bestand aus einer Informations-Tour eines Trucks im April/Mai – zu spät, zu wenig zu allem.

Interessant war jedoch, daß aus einigen Betrieben größere Gruppen da waren, so zum Beispiel aus einem Diakonischen Krankenhaus im Ruhrgebiet. Das zeigt, daß Interesse vorhanden ist, doch niemand hat die auf den Weg machen.

Der Kampf gegen die dritte Stufe des öffentlichen Dienstes: So vertritt die ÖTV Berlin zum Beispiel die Position, sie müsse beim Betinalon in Krankenhäusern mitentscheiden, anstatt sich dafür einzusetzen, daß gar keine Betten abgebaut werden.

Dieser Kritik am Kurs der ÖTV-Spitze schlossen sich viele Kolleginnen und Kollegen an, wenn sie auf die Opposition in der ÖTV, das „Netzwerk in einer kämpferische und demokratische ÖTV“ angesprochen wurden. Der Unmut über die Kundgebung war groß, um sie nahmen sich gleich Flugblätter mit, um Kollegen im Betrieb anzusprechen.

Christopher Street Day Gleiche Rechte erkämpfen

In jedem Sommer erleben Berlin, Köln und viele andere große Städte in Deutschland große, oft recht farbenprächtige Umzüge. Tausende feiern dann den Christopher Street Day, kurz CSD genannt. Er ist mittlerweile weltweit der Tag, an dem Schwule, Lesben und Bisexualle auf die Straße gehen.

Ingmar Meinecke, Dresden

In der Nacht des 17. Juni 1969 wurde in der New Yorker Schwulenbar Stonewall im an der Christopher Street wieder einmal eine Polizeirazzia durchgeführt. Unter der Beschuldi-

gung des Verkaufs von Alkohol ohne Lizenz wurde das Lokal geräumt und wer mißfiel mitgenommen. Während sonst alle anderen möglichst schnell gegangen waren, um nicht auch Ärger zu bekommen, sammelten sie sich diesmal draußen vor der Bar. Als die wahllos Verhafteten abtransportiert werden sollten, begann sich die Menge zu wehren. Die Polizisten wurden schließlich mit Ziegeln und Flaschen beworfen. Man hatte es satt, für sein Gefühlsleben und die Liebe zum eigenen Geschlecht ständig drangsaliert zu werden.

Dieser Tag sollte für die Schwulen und Lesben eine neue

Ära im Kampf um die eigene Befreiung eröffnen. Schon einen Monat später klangen radikaleren Töne auf einer Versammlung der Mattachine Society (Organisation von Homosexuellen) an. Der Präsident der Organisation, Dick Leisch, erklärte, daß man zwar gegen Polizeigewalt protestieren müsse, aber gleichzeitig versuchen sollte, gute Beziehungen zum Establishment zu halten. Man solle nach wie vor freundlich sein.

Darauf entgegnete James Foiratt: „Freundlich! Scheiß! Das ist wieder dieser Stereotyp von einem Schwulen ... Sei stolz auf das, was du bist, Mann! Und wenn es Urnuben oder gar Ge-

wehre braucht, um ihnen zu zeigen, was wir sind, gut, das ist die einzige Sprache, die diese Schweine verstehen!“ Er bekam donnernden Applaus. Das war der Anfang.

In der Folge gründeten sich in den USA, dann auch in Europa immer mehr Gruppen und Organisationen von Schwulen und Lesben. Immer mehr gingen auf die Straße und versteckten sich nicht länger. Ein neues Selbstbewußtsein entstand. Dabei arbeitete die neue Schwulen- und Lesbenbewegung gerade in den Anfangsjahren mit vielen anderen Protestbewegungen zusammen, so der Studentenbewegung oder auch den Black Panthers.



Demonstration 1973 in Berlin: Von den kämpferischen Anfängen der Bewegung sieht man heute nur noch wenig.

einer radikalen Schwarzen-Organisation. Dabei gab es Schwertengkeiten, da auch dort Vorurteile tief saßen. Aber das Gefühl und Verständnis für die gemeinsame Unterdrückung und Diskriminierung war stärker.

Von den kämpferischen Anfängen des CSD sieht man heute nur noch wenig, obwohl trotz einiger Verbesserungen der Kampf um gleiche Rechte nach wie vor nötig ist. Immer noch trauen sich viele nicht, ihre Liebe auch öffentlich zu zeigen. Immer noch gibt es Gewalt gegen Schwule. In Zeiten zunehmender Verarmung und großer sozialer Krisen suchen die Her-

scheidenden immer gern Sündenbocke.

Die momentan zentrale Forderung des SVD (Schwulenverband Deutschland) nach der schwulen Ehe geht in die falsche Richtung. Statt eine überkommene Institution wie die Ehe zu propagieren, müssen die vollen Rechte für alle hier, egal ob verheiratet oder nicht, ob Frau oder Mann, ob homo- oder heterosexuell. Und diese Rechte müssen durchgesetzt werden: im Betrieb, in der Kneipe, an der Schule. Dafür müssen wir Schwule, Lesben und Bisexualle schon selbst sorgen. So manche Schimären verschwinden oft, wenn es zu regnen beginnt.

Frankreich

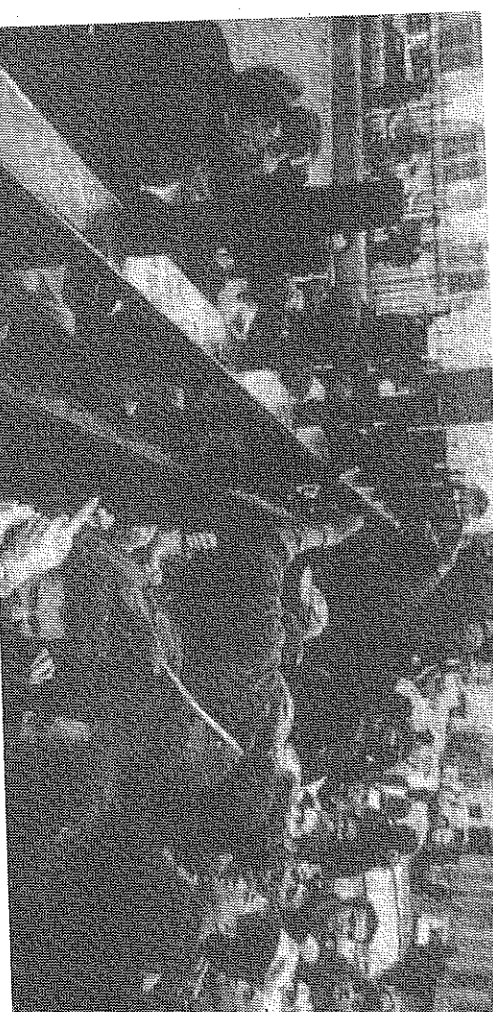
Der Kampf der „Papierlosen“

Als wir im Frühjahr 96 die erste Kirche besetzten wollten, haben auch antirassistische Initiativen davon abgeraten. Sie meinten, wir hätten keine Chance mit solch offensiven Aktionen. Wir sollten stattdessen auf eine Einzelfallprüfung setzen. Doch wir haben uns nicht reinreden lassen, wir haben die Kirche besetzt. Heute traut sich die Polizei nicht, unsere Sprecher festzunehmen, obwohl sie weiterhin illegal sind. Wir sind eine politische Bewegung geworden, haben enorm viel Solidarität bekommen.“

Claus Ludwig, Köln

Madjiguene Cisse, Sprecherin der „sans-papiers“ („Papierlosen“), berichte im Rahmen der Euro-Märsche auf einer Veranstaltung in Köln vom Kampf für ein Bleiberecht für alle. Durch die Verschärfung des Ausländergesetzes unter dem ultrakonservativen Innenminister Pasqua wurden tausende bis dahin legaler oder geduldeter Immigranten zu Illegalen, ohne Papiere, ohne Rechte. Durch plötzliche Abschiebungen wurden Familien auseinandergerissen. Die „sans-papiers“ sind beständig von Festnahme und Abschiebung bedroht. Es geht der

St. Bernhard Doch die „sans-papiers“ lassen sich nicht



Hochschulpolitisches Mandat der Industrie



Politische Erklärungen, „die nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogen sind“, sollen die ASten (Allgemeine Studienten Ausschüsse der Unis) nicht von sich gehen dürfen.

So jedenfalls hat es im Juni 1996 das Verwaltungsgesicht Düsseldorf gegen den AStA der Gesamthochschule Wuppertal verfügt, unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM bei Zuwiderhandlung.

Holger Frauenrath, Student, Aachen

Den Studierendenvertretungen in Dortmund, Bochum und Köln drohen ähnliche Klagen, die von Mitgliedern des Rings christlich-demokratischer Studenten (RCDS) angezettelt wurden.

In Bayern und Baden-Württemberg wurden schon vor Jahren nach ähnlichen Auseinandersetzungen die ASten kurzzeitig ganz abgesetzt. In NRW überlegt die Landesregierung jetzt immerhin, den ASten ein allgemeinpolitisches Mandat gesetzlich einzuräumen. Auch dagegen läuft eine Klage, angestrengt von Christoph Gräberberg, Mitglied des RCDS und der „Aktionsgemeinschaft Demokratische Hochschule“. Selbes, Demokratieverständnis.

Die Interessenvertretung der Studenten schaft hört nicht bei der Studienberatung o.ä. auf. Auch die Stellungnahme zu allgemeinen Themen gehört dazu. Das Gerichtsurteil bedeutet im Klartext: Die Studenten dürfen zwar wählen, wen sie wollen, aber die Gewählten dürfen nicht sagen, was sie denken. Das ist Zensur und dient der Einschüchterung. Ähnliche Urteile hat es auch schon gegen engagierte Betriebsräte gegeben. Wer bestimmt denn, was hochschulbezogen ist und was nicht? Die Hochschulen gehören zu den Hauptpartnern der von Bundes- und Landesregierungen verordneten Spar-

geblich nicht da ist. Die Unternehmer zahlen dank Kohl und Waigel so wenig Steuern und kassieren so viele Subventionen wie nie zuvor. Sie melden Rekordgewinne und haben insgesamt 800 Milliarden DM flüssige Mittel auf der hohen Kante. Aber wir sollen den Gürtel enger schnallen.

Der Chef des Deutschen Industrie- und Handelstrages (DIHT), Stihl, forderte in einem Interview in der Aachener Zeitung (17. 5. 97) die „generelle Einführung von Studiengebühren“, die „Auswahl der Studierenden durch die Hochschule“ und „Studiengebühren für Langzeitstudien“. „Studiengebühren für Langzeitstudien“, wie es sie in Bayern und Baden-Württemberg schon gibt, wo 1.000 DM pro Semester bei Überschreitung der Regelstudienzeit um vier Semester verlangt werden.

DIHT-Chef Stihl nimmt hier ganz ungeniert im Interesse der Industrie ein hochschulpolitisches Mandat wahr. Wir Studierende aber sollen umgekehrt in politischen Fragen die Klappe halten.

Wir können den Bildungsgeschickslag nur verhindern, wenn wir uns mit anderen Betroffenen der Kürzungspolitik zusammenschließen – mit Schwuleninnen, Azubis, Arbeitnehmerinnen, Rentnerinnen, Sozialhilfeempfängerinnen – und wenn wir auch zu deren Problemen klar Stellung beziehen. Denn wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, nach dem Motto: entweder wir, kürzen im Sozialbereich oder bei den Hochschulen.

Die große Demonstration im Juni letzten Jahres in Bonn war ein Anfang für gemeinsame Gegenwehr. Beim nächsten Mal müssen wir gemeinsam mit Berg- und Stahlarbeitern in Bonn den Politikern einheizen.

Daß der RCDS das zu verhindern sucht, ist nicht erstaunlich. Denn er setzt konsequent die Politik der Kohregierung an den

Den Euro verhindern

Warum die Währungsunion nicht sozialverträglich gemacht werden kann

Interview mit Dorothee Piermont, Europa-Abgeordnete der Grünen von 1984-1994, heute parteilos und aktive Unterstützerin der „Europäischen Märtsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung“. Das Gespräch führte Gerhard Klas von der sozialistischen Zeitschrift Soz (leicht gekürzter Nachdruck).

G.K.: Viele glauben, die Maastrichter Verträge seien mit einer Ergänzung in Form einer Sozialunion reformierbar. Ist diese Einschätzung realistisch?

Dorothee: Diese Auffassung, die in mehreren europäischen Ländern von unterschiedlichen Gewerkschaften vertreten wird, halte ich für falsch. Der Maastrichter Vertrag und die Währungsunion als sein Kernbestandteil sind keine unvorhersehbare und unvorbereitete Neuentwicklung, sondern eine logische Fortsetzung der Grundlagen der ehemaligen EG, die jetzt EU heißt.

Innerhalb der EU hat man mit dem Binnenmarkt begonnen, hemmungslos die Märkte zu deregulieren. Das Prinzip der Harmonisierung wurde zugunsten des Prinzips der Deregulierung aufgegeben. Man wollte und will – jedoch ohne Erfolg – Arbeitsplätze und Beschäftigung dadurch „fördern“, daß durch weitestgehenden Abbau des Kündigungsschutzes der Devisen „Hire and fire“ (Hireern und Feuern) zum Durchbruch verholfen wird.

Daneben sollen Löhne und Lohnnebenkosten gesenkt werden, und zwar durch wechselseitige Konkurrenz um die niedrigsten Standards, was auf ein Sozialdumping zwischen den EU-Mitgliedstaaten hinausläuft. Was davon zu halten ist, zeigen die „angelsächsischen Verhältnisse“ in den USA und Großbritannien, wo die Arbeitslosigkeit statistisch abnahm, weil die Anzahl der „working poor“ (arbeitenden Armen) drastisch zunahm. In diese Richtung weisen alle Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt getroffen wurden.

Eine Sozial- und Beschäftigungsunion müßte einer entgegengesetzten Logik folgen:

der Binnenmarkt müßte also in seinen wesentlichen Elementen rückgängig gemacht werden. Es ist daher nicht mehr als Augenwischerei, die Konvergenzkriterien für die Währungsunion etwa um ein weiteres Kriterium der Beschäftigungs- oder Sozialpolitik zu erweitern.

Die Einführung einer Sozialunion hätte also allenfalls Alibi Charakter?

Das trifft zu, wenn sie nur als Zusatz gedacht ist. Sie widerspricht der Binnenmarkts- und Währungsunionstheorie. Die Sozialcharta, auf die sich manche Leute gerne beziehen, ist nicht nur unverbindlich und bruchstückhaft, sondern auch inhaltlich äußerst mager.

Auf dieser Grundlage kann keine Sozialunion herbeigeführt werden. Deswegen ist es eine Illusion zu glauben, man könnte an den Maastricht-Kriterien mit ihrer monetaristischen Ausrichtung festhalten und durch ergänzende Kriterien eine Sozialverträglichkeit herbeiführen.

Mit der Einführung der Freizügigkeit beim Grenzverkehr und der Währungsunion verbinden nicht nur Linke die Hoffnung, zwischenstaatliche Kriege in Europa ein für allemal verbannt zu haben. Kann mit dem Neoliberalismus, den die Maastrichter Verträge festschreiben, der Nationalismus in Europa überwunden werden?

Der Neoliberalismus hat zum Ziel, nicht nur Europa in Konkurrenz zum Rest der Welt zu bringen, sondern auch die einzelnen Länder und Regionen innerhalb Europas gegeneinander konkur-

rieren zu lassen. Und zwar um die niedrigsten Standards in der Sozialgesetzgebung und bei Regelungen für den Umweltschutz.

Ein aktuelles Beispiel für die Globalisierung des innereuropäischen Nationalismus sind die jüngsten Proteste der deutschen Baugewerkschaft. Portugiesische Arbeiter sind mit einem geringeren Lohn zufrieden, weil die Löhne in Portugal um ein Vielfaches niedriger sind als in Deutschland. Im Rahmen der Freizügigkeit haben sie die Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten und werden hier von den Unternehmen als Lohndrücker eingesetzt. Von den hiesigen Bauarbeitern werden sie auch als solche wahrgenommen. Die fühlen sich bei Verlust ihres Arbeitsplatzes in ihrer Existenz bedroht.

Solche Regelungen, die sich an niedrigen Standards in anderen Ländern orientieren, können nur dazu führen, daß sich auch innerhalb der EU Nationalismus und Rechtsradikalismus entwickeln werden.

Auch wird der Euro die Bevölkerung in Europa nicht integrieren, sondern spalten: Innerhalb der einzelnen Staaten in die immer ärmer werdende Bevölkerungsmehrheit und die wenigen Reichtümer; innerhalb der EU in die verschiedenen europäischen Regionen, und nach außen wird sich die EU von der restlichen Welt absondern, insbesondere von den Ländern der sogenannten dritten Welt.

Welches Europa wäre jenseits der Maastrichter Verträge denkbar?

Zunächst muß der zentrale Punkt der Maastrichter Verträge, die Einführung des Euro, verhindert werden. Die Währungsunion geht nicht nur mit Sozialabbau einher, sondern führt zu einer Dominanz des ohnehin schon stärksten Staates innerhalb der Europäischen Union, der BRD, die ihr Modell der Geldpolitik zum eigenen Nur-

zen den anderen 14 Mitgliedsstaaten aufgezwungen hat.

Auf Kosten der schwächeren Staaten wird etwa der 1992 eingeführte Kohäsionsfond (Strukturförder-Fonds), der ohnehin ein vergleichsweise geringes Budget für seine fünfjährige Laufzeit hatte, auf Betreiben von Deutschland und Großbritannien nicht verlängert.

Ein Blick auf die Entwicklung in der Ex-DDR nach der deutsch-deutschen Währungsunion sollte reichen, um zu verstehen, was eine Währungsunion unter BRD-Vorherrschaft bedeuten würde.

Jeder Raum mit einer gemeinsamen Wirtschaft und Währung hat wirtschaftlich stärkere und schwächere Regionen und benötigt deshalb einen Topf, der finanzielle Mittel für Ausgleichszahlungen bereithält. Innerhalb der Bundesrepublik läuft das über den Länderfinanzausgleich, ohne den einige Bundesländer ihre Sozialhaushalte noch gravierend hätten kürzen müssen, als sie es heute sowieso schon tun.

In der EU ist es gerade die Bundesregierung, die eine solche Finanzierung kategorisch ablehnt, weil es ihrer Ansicht nach keine „Transferunion“ geben soll.

Vor diesem Hintergrund muß der Euro, der ohne eine Möglichkeit der Revision, quasi als Verfassungsprinzip auf EU-Ebene eingeführt werden soll, gestoppt werden. Erst dann können sich Initiativen und Bewegungen daran machen, eine Alternative

zu entwickeln. Solange das Projekt Euro nicht aus der Welt geschafft ist oder wenn er gar eingeführt wird, dann wird es ungeheuer schwierig, überhaupt noch in die Entwicklungsprozesse der EU einzugreifen.

Könnte eine Aufweichung der Stabilitätskriterien die Einführung des Euro sozialverträglicher machen?

Die Konvergenzkriterien und der Stabilitätspakt sind eingeführt worden, um eine Austeritätspolitik auf Dauer festzuschreiben. Daran werden auch kleine Abweichungen hinter den Kommata nichts ändern. Bestenfalls gelingt es, die Dynamik der Sparpolitik mit geringfügigen Änderungen am Stabilitätspakt etwas zu verlangsamen.

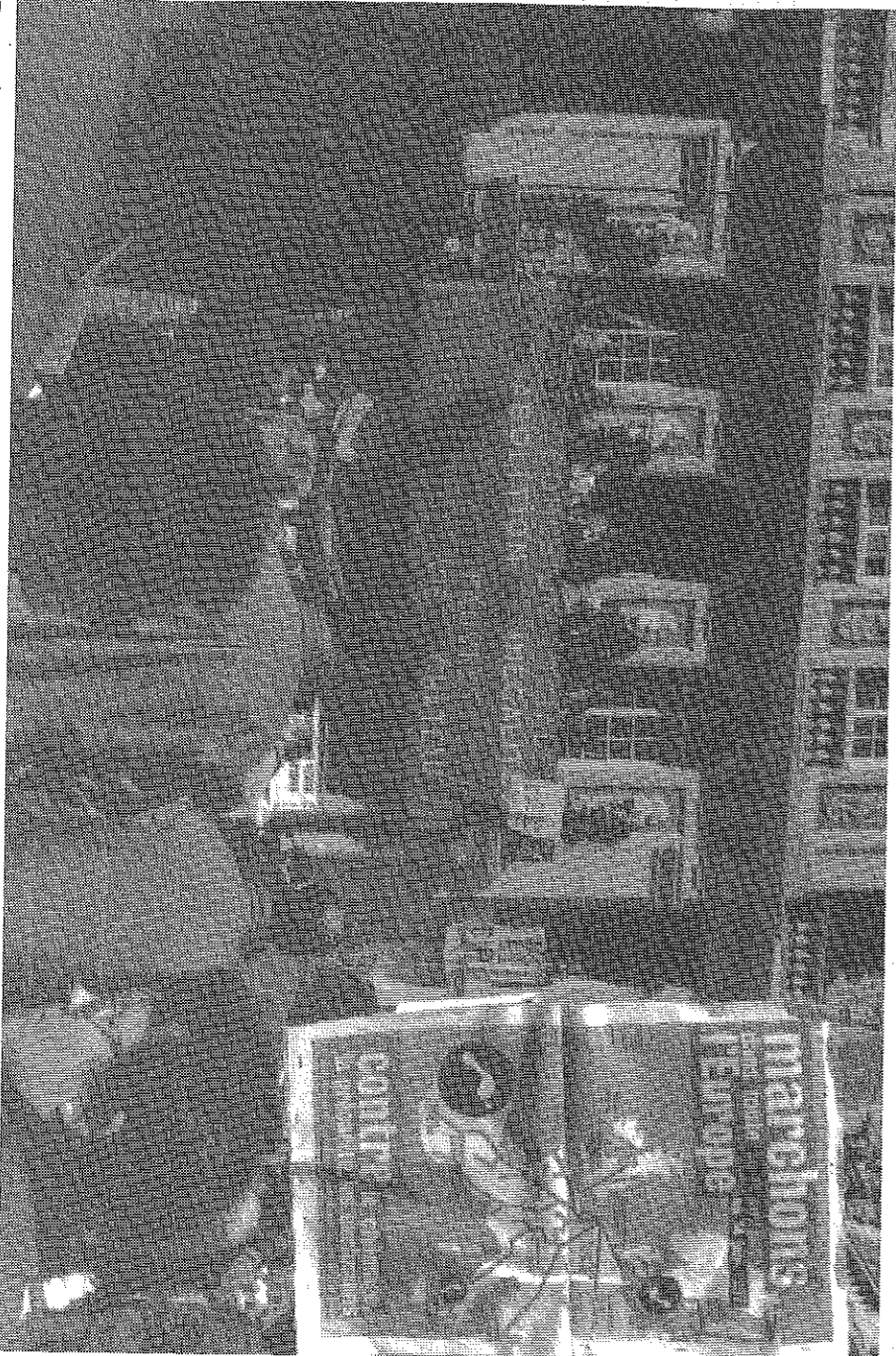
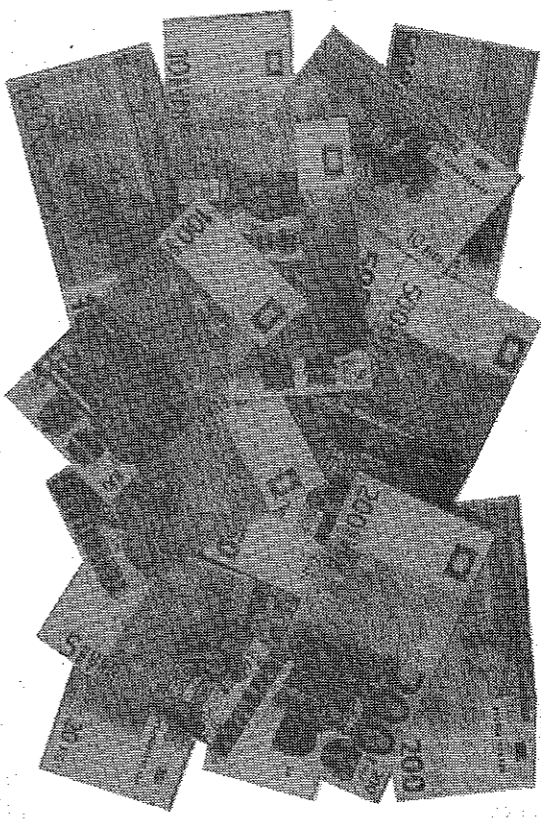
Der Euro ist ein Vertragswerk an dem nur die EU-Länder beteiligt sein werden, die die Konvergenzkriterien erfüllen. Dies ist dann absolut verbindlich, der Vertrag sieht keine Ausstiegsklausel oder sonstiges vor.

Im Unterschied zu anderen völkerrechtlichen Verträgen wurde der Euro-Vertrag nicht auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen – mit der Möglichkeit der Verlängerung – sondern den Vertragstexten zufolge ist dies ein unumkehrbarer Vorgang. Gleichzeitig wird ein Stabilitätspakt eingeführt, der ab der Einführung des Euro gelten soll. Damit würde der aktuelle Sozialabbau, der mit Verweis auf die Konvergenzkriterien durchgeführt wird, auch nach dem Stichtag auf unabsehbare Zeit weiterbetrieben.

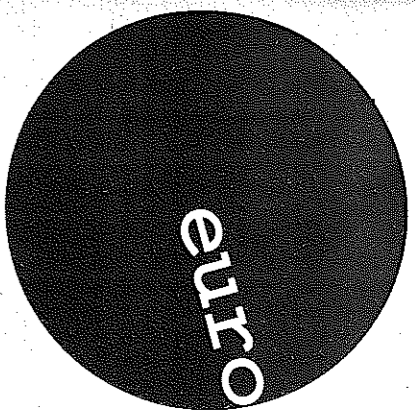
Außerdem liegen die Probleme nicht nur bei den Konvergenzkriterien, sondern generell in der Tatsache, daß eine Währung für Länder unterschiedlicher Wirtschaftskraft gelten soll. Sie verlieren damit die Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Nachteile beispielsweise durch eine Abwertung ihrer eigenen Währung ausgleichen zu können.

Wird der Stabilitätspakt, der bei Nichterhaltung der Konvergenzkriterien erhebliche Strafen vorsieht, die dann den währungsstarken Ländern zugute kommen sollen, die ungleichzeitige Entwicklung der verschiedenen EU-Staaten unverständlich festzuschreiben?

Die Staaten, die ökonomische Schwächen haben, weil sie ein größeres Haushaltsdefizit oder einen zu hohen Schuldenstand haben, werden damit doppelt bestraft, weil sie weitere Summen für die Budgetlücke ausgeben müssen. Dadurch wird sich die Situation in diesen Ländern ver-



Zum Auftakt der Euro-Märtsche besetzten Arbeitslosengruppen das Schloß von Versailles bei Paris. Sie sprechen vom Balkon des



euromarsch

gegen Erwerbslosigkeit,
ungeschützte
Beschäftigung und
soziale Ausgrenzung

IGM-Vorstand gegen Euro-Marsch



Französische Euro-Marschierer in Köln, 28. 5. 97

Foto: Sven Krüger

Seit Wochen laufen die Europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit auf Hochtour. Vielerorts werden die Euro-Märsche von Gewerkschaften, Einzelgewerkschaften und DGB-Kreisverbänden getragen. Landauf, landab sind unzählige Aktivisten dabei, für die Demonstration in Amsterdam zu mobilisieren. Wie ein Tritt in den Hintern aller Aktivisten wirkt da ein Schreiben des IG-Metall-Hauptvorstandes vom 18. April an alle IGM-Ortsverwaltungen.

Rene Henze, ÖTV-Mitglied, Rostock

In diesem Schreiben wird die Ablehnung der Euro-Märsche mit der „Befürchtung“ begründet, daß „mehrere anarchistische (insbesondere aus Spanien), nationalistiche (u. a. Baskenland) bis hin zu rechtsextremen Gruppierungen (insbesondere Frankreich)“ die Euro-Märsche unterstützen. Außerdem wird „befürchtet“, daß diese Gruppierungen „vorausichtlich auf der Abschlusskundgebung in Amsterdam tonangebend sein“ werden.

Ägerlich an diesem Schreiben ist besonders, daß „Befürchtungen“ ausgesprochen werden, ohne die Fakten zu prüfen! Es wäre für den IGM-Vorstand ein Leichtes gewesen, mit den Organisatoren der Euro-Märsche Kontakt aufzunehmen und die „Befürchtungen“ zu prüfen.

Der IGM-Vorstand wurde seit spätestens Januar (laut eigenen Rundschreiben) zur Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung der Euro-Märsche angesprochen – dort wäre sehr schnell klar geworden, wer diese Märsche unterstützt und wer nicht.

So wäre Zwickel und Co. aufgefallen, daß es in Spanien neben der sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaftstradition noch eine anarchistische – die CGT – gibt.

Ebenso wäre klargeworden, was es mit den „nationalistischen Gruppierungen“ aus dem Baskenland auf sich hat. Auch hier handelt es sich um eine Gewerkschaft – die LAB. Über die Positionen der CGT und der LAB läßt sich streiten, ebenso wie über die Politik der IG Metall. Aber Fakt ist, daß diese Gewerkschaften einen Teil der Kollegen in diesen Ländern vertreten und gegen Faschismus und nationale Unterdrückung kämpfen.

Dreiste Lügen

Die Behauptung, daß die französischen Rechtsextremen – Le Pen's Front National – die Euro-Märsche unterstützen, ist ungeheuer dreist. Erstens unterstützt der FN die Euro-Märsche nicht. Zweitens haben die französischen Organisatoren der Euro-Märsche sogar mehrfach gegen Le Pen und Co. mobilisiert. Drittens ist die gesamte Zielrichtung der Euro-Märsche ist gegen Rassismus und Nationalismus gerichtet.

All diese „Befürchtungen“ des IGM-Vorstandes hätten sich in Luft aufgelöst, wenn sich der Vorstand an den Vorbereitungen des Euro-Marsches beteiligt hätte.

Und hier kommen wir zu des Pudels Kern. Warum beteiligte sich der Vorstand nicht an der Vorbereitung? Warum müssen ungeprüfte „Befürchtungen“ für eine Ablehnung herhalten?

Offensichtlich ist den IGM-Oberen jedes Mittel recht, um Aktionen der Basis zu verhindern. Sie wollen die Kontrolle darüber, was Gewerkschaftsgliederungen machen. Demonstrationen mit Arbeitsloseninitiativen oder linken Gruppen, das kann nur von Übel sein, da dichtet man sich zur Not auch gegen die rechtsextreme Unterwanderung der Euro-Märsche herbei.

Die IGM stelle den Euro-Märschen einen „Aktionstag“

am 28. Mai entgegen, der sich vor allem dadurch auszeichnet, daß keine Aktionen liefen, sondern vor ausgewähltem Publikum in einer Halle diskutiert wurde.

Der IGM-Vorstand spricht sich weiter für die Währungsunion aus, wohlwissend, daß die geforderten „sozialen Kriterien“ nicht kommen werden. Er ignoriert, daß das Euro-Projekt für uns hier unten nur verschärfter Sozialabbau und Arbeitslosigkeit bedeutet. Während die Kollegen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen, die Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner den Sozialabbau täglich spüren, haben unsere Gewerkschaftsoberen damit keine Probleme. Bei Monatsgehältern von 10.000 DM und mehr, bei netten Pauschen mit hohen Tieren aus Politik & Wirtschaft – da verblässen unsere Sorgen und Nöte für Zwickel und Co..

Die Orte sehen es anders

Die ablehnende Haltung des IG Metall Hauptvorstandes zu den Euro-Märschen zeigt noch einmal die dringende Notwendigkeit, für frischen Wind in unseren Gewerkschaften zu sorgen und allen selbstgezügelt gewordene Gewerkschaftsfunktionäre auch nötigenfalls vor die Tür zu setzen.

In Rostock hat das Schreiben des IGM-Vorstandes am Anfang bei Gewerkschaftem Verunsicherung ausgelöst. Doch nach Aufklärung des Sachverhalts meinten NCG, HBV- und ÖTV-Kollegeninnen und Sekretäre: „Von wem kommt das Schreiben? Von Zwickel? Alles klar...!“ Und: „Alles, was die da oben nicht kontrollieren, ist nicht erwünscht.“

Der DGB-Rostock beschloß dann auch, die Euro-Märsche aktiv zu unterstützen und die ÖTV spendet 500 DM für den Bus zur Demonstration nach Amsterdam.

Die Euro-Diskussion und die Wahlen in Frankreich

Das Wahlergebnis der ersten Runde in Frankreich war ein schallende Ohrfeige für Präsident Chirac und seine bürgerliche Regierung. Sein ursprünglicher Plan, die Linke mit vorgezogenen Wahlen zu überraschen und sich vom Wähler eine Blanko-Vollmacht für Maastricht und kommende Angriffe ausstellen zu lassen, ist gescheitert. Stattdessen liegt das linke Lager mit über 40% der Stimmen vorn. Der verhaßte Ministerpräsident Juppé mußte seinen Hut nehmen.

Dennoch ist ein Wahlsieg der Linken alles andere als sicher. Nach Umfragen vor der Wahl sahen zwei Drittel der Wählern keinen Unterschied zwischen dem Programm der Sozialistischen Partei PS und dem Programm der Konservativen.

Kim Opgenoort führte (vor der ersten Wahlrunde) ein Gespräch mit Omar, Kandidat der „Revolutionären Linken“ (Schwestepartei der SAV).

Warum hat Chirac die Wahlen vorverlegt? Welche Rolle spielt der Euro in diesem Wahlkampf?

Frankreich wird im kommenden Jahr die Konvergenzkriterien erfüllen müssen, was neue

Angriffe auf die Arbeiterbedeutet. Chirac wollte die Wahlen nicht in einem Umfeld von Privatisierung und Sparhaushalten haben. Zweitens: Der Präsident und der Bürgermeister von Paris sind in Korruptionsaffären verwickelt. Diese würden in den nächsten Monaten aufgerollt. Wenn danach Wahlen stattfinden, würde die Regierung dafür die Quittung erhalten.

Der Euro spielt eine große Rolle, die vorgezogenen Wahlen sollen die Debatte über Maastricht umgehen. Außerdem wollte Chirac verhindern, daß die Wahlen von der Bevölkerung dazu genutzt würden, gegen den Euro zu stimmen. Das wäre sicherlich 1998 passiert.

Welches Programm hat das linke Bündnis von Sozialisten, Kommunisten und Grünen zum Euro?

Die Sozialistische Partei PS verteidigt Maastricht und den Euro. Sie erklärt, daß dem neoliberalen Maastricht ein soziales Maastricht entgegengesetzt werden müßte, mit abgeschwächten Konvergenzkriterien. In diesem Zusammenhang bleibt sie sehr schwach und ein Großteil der Arbeiter merkt, daß die PS das gleiche Projekt verteidigt wie die bürgerliche Rechte in Europa.

Die Kommunistische Partei PCF hat ihre eigene Politik voll-

kommen aufgegeben, um mit der PS Kompromisse und Absprachen zu haben und schließlich Ministerposten zu bekommen. Der Generalsekretär Robert Hué hat erklärt, daß Maastricht kein Hindernisgrund sei, in die Regierung einzutreten. Tausende von Arbeitern, Mitglieder der PCF sind empört über diese Herangehensweise ihrer Führung, und einige protestieren offen dagegen.

Wie sieht es mit der radikalen Linken aus, stellt sie eigene Kandidaten auf?

Die LO (Arbeiterkampf) stellt 351 Kandidaten auf, die LCR (revolutionär-kommunistische Liga) 155 und die PT (Arbeiterpartei) mehr als 100. Aber keine einzige hat eine politische Einheit vorgeschlagen. Speziell die LO spricht sich nicht gegen Maastricht aus. Sie werfen im Gegenteil der Linken in der PCF und anderen Organisationsnationalismus vor. Man muß sich daran erinnern, daß bei dem Referendum zum Euro in Frankreich 49% der Arbeiter und Jugendlichen gegen Maastricht gestimmt hatten. Die LO trägt mit ihrem damaligen Auftritt zur Enthaltung bei dem Referendum die Mitverantwortung für die seinerzeit hauchdünne Mehrheit für Maastricht.

Unser Programm gegen Arbeitslosigkeit

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

Am Beispiel Wohnungsbau wird der Irrsinn der Marktwirtschaft deutlich. Einerseits sind hundertausende Bauarbeiter arbeitslos, andererseits gibt es Wohnungsnot und 1 Million Obdachlose. Die Bauarbeiter bleiben arbeitslos weil den Kapitalbesitzern der Profit nicht hoch genug ist. 1992 lagen die durchschnittlichen Kapitalkosten für einen Arbeitsplatz bei rund 150.000 DM. Für 300 Milliarden könnten rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden.

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Zwischen 1991-95 sind 440.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeitsdienstleistungen bleiben lie-

gen. Das Ergebnis sind u.a. zu große Kindergartengruppen und Schulklassen, überfüllte Urin, schlechter öffentlicher Personennahverkehr. Post, Telekom und Bahn sind seit Privatisierung nicht besser sondern schlechter geworden, was Arbeitsbedingungen,

Löhne, Ausbildungsstellen, Gebühren und Service betrifft. Die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen und Neueinstellungen, bei demokratischer Kontrolle des öffentlichen Sektors im Interesse der Nutzer und Beschäftigten sind nötig.

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen

Arbeitsnetze, Überstunden, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenes Nichtstun für die anderen – auch das ein schreiender Widerspruch der Marktwirtschaft. der desin der Marktwirtschaft. Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung

der Arbeit auf alle könnten wir weniger arbeiten, bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt wurde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Arbeit können dieselben bzw. sogar mehr Werte produziert

werden, die Gesellschaft wird nicht ämer sondern reicher. Im Gegensatz zu dem, was nun auch Zwickel glauben machen möchte, ist der Lohnausgleich bezahlbar

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Planung

Beim heutigen Wirtschaftssystem wird eine kleine Schicht reicher, während die Mehrheit sinkende Reallohne und Armut erfährt. Um Arbeit

und gesellschaftlichen Reichtum sinnvoll einzusetzen, muß die Macht des Kapitals gesprochen werden. Dann ist eine demokratische Planung

von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher möglich.

★ Sozialistische Demokratie statt Diktatur von Markt und Kapital

Großbritannien nach der Wahl



Julia Leonard (mitte), Kandidatin der Socialist Party, bei einer Streikaktion mit den Reinigungsfrauen im Krankenhaus Hillingdon.

Die Wahlergebnisse der sozialistischen Linken

Von den bedeutenderen linken Parteien standen zur Wahl: die Socialist Labour Party SLP des Bergarbeiterführers Arthur Scargill, die Socialist Party SP (Schwesterei der SAV), die Schottische Sozialistische Allianz SSA in Schottland, deren Kandidaten zum Teil SP-Mitglieder waren. Die besten Einzelergebnisse in den Wahlkreisen erzielten: Tommy Sheridan (SSA/SP) in Glasgow Pollok, der mit 3.639 Stimmen oder 11% der bei weitem erfolgreichste Kandidat der Linken war, noch vor Arthur Scargill. Dave Nellist (SP) errang in Coventry South 3262 Stimmen (6,5 Prozent); gefolgt von Imran Khan (SLP) in Eastham mit 2697 Stimmen (6,8 Prozent). Arthur Scargill (SLP) erzielte 1951 Stimmen in Newport East (5,2 Prozent) und Terry Burns 2230 Stimmen (5,3 Prozent) in Cardiff Central. Die SLP kandidierte in 63 Wahlkreisen und erhielt insgesamt rund 40.000 Stimmen. Die SP erhielt in den 19 Wahlkreisen in England und Wales, in denen sie kandidierte, knapp 10.000 Stimmen, ungefähr ebenso viele wie die SSA in 16 Wahlkreisen Schottlands.

Mike Waddington, SP London

„Die hohen Erwartungen werden enttäuscht werden“

Die konservativen Tories in Britanien sind nach ihrer schlimmsten Wahlniederlage seit 1832 in einer tiefen Krise, die auch zu Spaltungen führen kann. Schottland und Wales sind Tory-freie Zonen geworden. Was von Blairs New Labour-Regierung zu erwarten ist, erklärt im Interview Julia Leonard, 39 Jahre alt Angestellte bei der kommunalenverwaltung, Stadträtin für die Sozialistische Partei SP im Bezirksstadtrat London-Hillingdon.

bestehenden „Job Seeker Allowance“ JSA-Programms gemeint, das von den Tories eingeführt wurde. Wer in diesem Programm ist, muß jeden Job zu jeder Bezahlung annehmen. Damit werden meist qualifizierte und besser bezahlte Arbeitskräfte aus schon bestehenden Jobs verdrängt. Das Programm schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern senkt die Löhne. Eine Bekannte von mir bekommt über einen JSA-Job 240 Pfund die Woche (670 DM) und muß damit sich und vier Kinder durchbringen. Wer in diesem Programm ist, bekommt auch keine Sozialleistungen mehr, die werden dann gestrichen.

Wie war die Stimmung im Wahlkampf und jetzt nach der Wahl?

Im Wahlkampf war der mangelnde Enthusiasmus für Labour überdeutlich. Man wollte vor allem die Tories loswerden. Ich habe ganze drei begeisterte Labour-Anhänger im Wahlkampf getroffen, die Skepsis überworfen war. Nach dem Riesenerwartungswahlstieg hat sich die Stimmung allerdings geändert: die Erwartungen sind jetzt viel höher, denn Labour könnte mit dieser Mehrheit alles machen. Aber die hohen Erwartungen werden in jedem Fall enttäuscht werden. Die traditionellen Labour-Wähler, besonders ältere Arbeiter, hielten Blairs Modernisierungs-Image für eine Taktik. Sie sagen: Erst braucht man die Macht, dann wird Blair schon Dinge anders machen als die Tories.

Auf jeden Fall wird die Erleichterung über den Absitz der Tories und die Ernüchterung durch den New Labour Sieg zu mehr Streiks und Arbeitskämpfen führen, um sich Verlorenes zurück zu erkämpfen. Was ist von der New Labour-Regierung zu erwarten?

Die Fortsetzung der Tory-Politik mit anderen Mitteln. New Labour hat im Vorfeld fast nichts versprochen. Das Einzige, was sie wohl durchziehen werden, ist die Senkung der Klassenstärke auf höchstens 30 in den Schulen, aber nur für die 5-Jährigen in den Grundschulen. Blair hat doch Versprechungen, 250.000 neue Arbeitsplätze für junge Leute bis 25 Jahre zu schaffen?

Die genaue Formulierung lautet: verschonmen, die 250.000

Mini-Löhne sind weit verbreitet. Deswegen fordern die Gewerkschaften einen Mindest-Stundenlohn von 4,25 Pfund (11,90 DM). New Labour will auch einen Mindestlohn einführen, hat sich aber vor der Wahl gewiegert, die Höhe festzulegen, es wird wahrscheinlich auf 3 Pfund/Std. (8,40 DM) hinauslaufen. Wir fordern 6 Pfund (16,80 DM) Mindestlohn, was auf große Resonanz stößt, manche finden das auch zu hoch – so sind die „Ansprüche“ schon gesunken.

Wir haben im Wahlkampf eine Outing-Aktion vor einem Friseur-Laden gemacht. Der zahlte die Stunde (4,30 DM), das haben wir auf Schildern und Plakaten öffentlich angeprangert, und sie damit vor den Laden gestellt. Jetzt bekommen die Leute immerhin 5 Pfund die Woche mehr. Im Gesundheitswesen will Blair die Patienten-Warteliste um 100.000 kürzen. Fragt sich nur, wie? Denn grundlegende Veränderungen sind nicht geplant. Das früher

„Wir unterstützen eure Ideen, aber diesmal müssen wir Labour wählen, um die Tories loszuwerden. Euch wählen wir bei der nächsten Kommunalwahl.“

lich. Ich habe eine 17-jährige Bekannte, die ein Baby hat. Sie bekommt nichts außer diesen 40 Pfund Kindergeld. Schlafabgänger haben keine Sozialansprüche mehr. Wie wird die Labour-Politik zur Frage von Löhnen und gewerkschaftlichen Rechten sein?

Alle Anti-Gewerkschaftsge-setze der Tories sollen unange-tastet bleiben. Die Niedriglöhne und die Job-unsicherheit sind ein großes Problem. Es gibt mittlerweile sogar sogenannte „Null-Stunden-Verträge“, also Verträge, in denen keine bestimmte Arbeitszeit festgelegt ist, sondern absolute Flexibilität entsprechend der Geschäftslage erwartet wird.

Wenn viel los ist, arbeitet Du lange, bei Flaute eben Null Stunden. Aber Du hast nicht

stetig 53 Frauen entlassen werden. Der Kampf läuft seit ein-einhalb Jahren, ähnlich wie der Liverpooler Hafenarbeiter-Streik. Weil die Frauen ein Abfindungsangebot abgelehnt haben, hat die Gewerkschaft die offizielle Unterstützung eingestellt. Seitdem haben wir Streikgelder gesammelt, rund 3.000 Pfund (8400 DM) wöchentlich, um den Kampf fortführen zu können. Ohne uns würde er nicht mehr laufen.

Du warst auch Wahlkreis-Kandidatin der SP für ein Unterhausmandat. War es sinnvoll, daß die SP und andere linke Parteien Kandidaten aufgestellt haben? Es war von vornherein klar, daß es einen Umschwung zu Labour geben würde, und die Linke keine großen Stimmenanteile zu erwarten hatte, natürlich auch wegen des Mehrheitswahlrechts. Außerdem ist durch die poll-tax, die viele nicht bezahlen konnten, das Wahlgesicht geschrumpft. Viele haben sich nicht ins Register eintragen lassen aus Furcht, dann für die nicht bezahlte Steuer herangezogen zu werden. Es gab über eine Million weniger eingetragene Wähler, vor allem ärmere Schichten, und daher vor allem potentielle Wähler der SP und anderer linker Parteien.

Es war trotzdem sinnvoll zu kandidieren, auch um in Anbetracht zukünftiger Labour-Politik die Weichen für den Aufbau einer neuen sozialistischen Masssenpartei zu stellen. Wir haben in unserem Wahlbezirk unsere Partei als solche sehr viel bekannter gemacht und sie auch weiter aufgebaut, bis hier waren vor allem unsere Stadtratmitglieder als Personen sehr bekannt. Unser Ortsverband hat 15 neue Mitglieder während des sechswoöchigen Wahlkampfs gewonnen, 23 weitere wollen noch beitreten, und rund 100 weitere sind interessiert und wollen in Kontakt bleiben.

Viele Leute waren an unseren Inhalten interessiert und haben diese unterstützt. Sie waren aber auch offen zu uns und haben gesagt: „Wir unterstützen eure Ideen, aber diesmal müssen wir Labour wählen, um die Tories loszuwerden. Euch wählen wir bei der nächsten Kommunal-



Wie hier gefordert ist Major jetzt arbeitslos, doch sein Nachfolger denkt gar nicht daran, die Politik zu ändern.

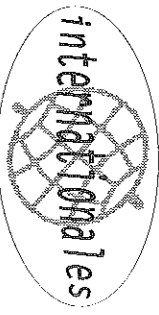
„Auch mit linker Politik hätte Labour gewonnen“

Jeder Politiker in Europa will jetzt Tony Blair sein. Der deutsche Tony soll Gerhard Schröder werden, der „Gegenosse für die Bosse“ (BLD). Die Massenmedien bombardieren uns mit der Botschaft, daß die Wähler keine linke Politik wollen und die Voraussetzung für New Labours Sieg der Rechtsruck der Partei sei.

Zu ganz anderen Schlüssen kommt der bekannte neoliberale Ökonom Samuel Britan, ein Verfechter des Thatcherismus. Er erklärte in einer nüchternen Analyse in der „Financial Times“ (3.5.97): „Labour hätte die Wahl auch mit einem antikapitalistischen Programm gewinnen können.“

In der Börsen- und Wirtschaftszeitung schreibt Britan: „Der britische Kapitalismus wird von Blair viel weniger gezügelt als das Wahlvolk wünscht.“ Er befürchtet, es sei für eine Regierung schwer zu ignorieren, „daß die meisten Leute (60 Prozent) mehr staatliche Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen wollen, selbst wenn dies bedeutet, daß sie mehr Steuern zahlen müssen.“ Labour wäre mit linkem Programm gewählt worden, „weil das britische Volk immer noch eine hoffnungslos kollektivistische Einstellung hat“, klagt der Ökonom. Er bezieht sich dabei auf die Ergebnisse des ange-

deuten, daß sie mehr Steuern zahlen müssen.“ Labour wäre mit linkem Programm gewählt worden, „weil das britische Volk immer noch eine hoffnungslos kollektivistische Einstellung hat“, klagt der Ökonom. Er bezieht sich dabei auf die Ergebnisse des ange-



Mobutu verjagt

Ein Aufatmen im ganzen Land – das ist das vorherflüchtendes Gefühl nach der Fucht Mobutus und seiner Handlanger. In einem siebenmonatigen Aufstand hat die "Allianz demokratischer Kräfte für die Befreiung von Kongo/Zaire", AFDL, unter Führung von Laurent Kabila das Regime Mobutu zerschlagen. Was können die 45 Millionen Einwohner der Demokratischen Republik Kongo von der Kabila-Regierung erwarten?

Gaetan Kayitare, Aachen

32 Jahre Mobutu-Regime haben das Land wirtschaftlich ruiniert, während Mobutus persönliches Vermögen auf 10 Milliarden Dollar geschätzt wird. Die Inflation lag bei 10.000 Prozent. 80 Prozent der Straßen sind unpassierbar; die meisten Eisenbahnstrecken sind vom Busch längst überwuchert. Das Schulsystem ist zusammengebrochen; die Lehrer haben seit zwei oder mehr Jahren kein Gehalt bekommen. Das Gesundheitssystem ist total verrotten. In den fünf Millionen-Metropolen gibt es zum Beispiel kein einziges funktionierendes Krankenhaus.

Imperialismus

32 Jahre Mobutu-Regime haben hunderttausenden Menschen das Leben gekostet. Nach der Unabhängigkeit des Kongo von der belgischen Kolonialherrschaft 1960 errang in den ersten und bisher einzigen demokratischen Wahlen die Regierung unter Patrice Lumumba eine Mehrheit. Als unabhängig ger, linker Nationalist schien er dem Imperialismus jedoch zu gefährlich. Mit Hilfe eines Sessions-Kriegs der Provinz Katanga, der vom Imperialismus unterstützt wurde, wurde die Regierung Lumumba gestürzt, er selbst von pro-imperialistischen Elementen ermordet. In den darauffolgenden Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern Lumumbas, die unter Führung Laurent Kabilas zeitweilig den gesamten Osten des Landes kontrollierten, und den pro-imperialistischen Kräften, setzten sich letztere in einem blutigen Bürgerkrieg durch, der 1965 Mobutu als Diktator an die Macht brachte.

Die meisten Aufstände gegen Mobutu wurden mit Hilfe westlicher Soldaten oder direkter militärischer Interventionen von Frankreich und Belgien, mit logistischer Unterstützung der USA, blutig niedergeschlagen. Offene Opposition zu Mobutu bedeutete Folter oder den sicheren Tod. Der Sieg der Allianz ist so gesehen vorläufig; eine gewisse Betreuung von Todesangst für politische und gewerkschaftliche Aktivisten.

Die Allianz Kabilas

Die Allianz demokratischer Kräfte für die Befreiung von Kongo", AFDL, ist alles andere als ein einheitlicher Block. Sie setzt sich aus ganz unterschiedlichen Kräften zusammen. Nationalisten, die für die Autonomie der Provinzen Shaba und

zwar den Aufstand in Ostzaire angefangen haben, aber nie vorhaben, bis zur Hauptstadt Kinshasa zu marschieren.

Die AFDL hat in ihrer noch kurzen Existenz weder Zeit gehabt noch die Notwendigkeit für interne Auseinandersetzungen gesehen, denn sie eilte von Sieg zu Sieg. Die in den Guerrillabewegungen üblichen Abrechnungen und Säuberungen stehen jetzt bevor. Kräfte, die sich auf Sozialismus berufen, werden als erste kalgestellt werden. Kabila, der sich in den sechziger und siebziger Jahren als Sozialist ausgab, setzt heute voll auf die Marktwirtschaft.

Trotzdem übten die Imperialisten massiven Druck auf die Allianz aus, um die militärische Einnahme Kinshasas zu verhindern und eine Verhandlungsbildung mit Mobutu oder mit der legalen Opposition durchzusetzen. Die Imperialisten hatten Angst davor, daß die Begeisterung der Massen zu unabhängigen Aktionen der Arbeiterklasse ermuntern und eine revolutionäre Welle auslösen könnte. Zum anderen sollten Kabila und sein Allhauz ihre Grenzen gezeigt werden.

Der ungehindert Einmarsch der AFDL in Kinshasa – ungeachtet dieser Einschüchterung – zeigt nach der Niederlage der USA in Somalia und dem Rückzug Frankreichs aus Ruanda einmal mehr die Grenzen des Imperialismus auch nach dem Zusammenbruch des Stalinsystems.

Kabilas Politik

Vor Kabila braucht das Kapital überhaupt keine Angst zu haben. Julius Nyerere (ehemaliger Präsident von Tansania), der Kabila gut kennt, meinte: "Trotz seiner alten marxistischen Bindungen muß niemand befürchten, daß Kabila die sozialistische Revolution verwirklicht." Die Allianz hat sich zwar auf die Massen gestützt, als nötiges Schutzschild und Kulisse für den Sieg über Mobutu. Sie verläßt sich leider aber nur auf ihre eigenen Soldaten und vor allem auf das US-Kapital.

Der US-Imperialismus braucht die und wollte Mobutu seit dem Ende der Blockkontrolation 1989 nicht mehr und hätte gern die legale Opposition als Nachfolger an der Macht gesehen. Doch diese hatte weder Kraft noch Eile. Mobutu loszuwerden: sie lebte von Mobutus Gnaden nicht schlecht und war in den Augen der Bevölkerung zurecht als genauso korrupt angesehen wie das Mobutu-Regime.

Die USA haben in Zaire, ähnlich wie in Ruanda und Uganda, die ehemaligen Kolonialmächte (England, Frankreich, Belgien) verdrängt. Zwischen den USA und Frankreich ist ein offener Kampf um die Einflußsphäre in Afrika entbrannt. Frankreich ist dabei auf der Verliererstraße, nicht zuletzt wegen der jahrzehntelangen militärischen Unterstützung für die Diktatoren auf dem Kontinent. Die USA können sich deswegen auf den Haß der Massen gegen die ehemaligen Kolonialmächte stützen.

Was kommt dannach?



Die Bewohnerinnen der Hauptstadt Kinshasa bejubeln den Sturz des Diktators Mobutu. Doch schon hat der neue Machthaber politische Parteien und Demonstrationen verboten.

ball-Vorkommens; sie ist der zweitgrößte Diamantenproduzent der Welt. Hinzu kommen große Vorkommen an Gold, Zinn, Uran, Mangan, Kohle und Erdöl. Das Land kennt keine Dürre und könnte ganz Afrika ernähren.

Es sind genug Ressourcen vorhanden, um die Wirtschaft wieder aufzubauen. Eine Regierung, die bereit wäre, den Bergbau zu verstaatlichen, eine Agrarreform durchzuführen und die Wirtschaft demokratisch im Interesse der Mehrheit zu planen, könnte diese Möglichkeiten sinnvoll ausschöpfen. Ein sozialistischer Kongo wäre ein leuchtendes Beispiel für alle afrikanischen Staaten.

Es besteht aber kein Aussicht, daß die Regierung Kabila in diese Richtung handelt. Die Förderrechte an den meisten Rohstoffvorkommen wurden bereits vor-

27 Prozent Arbeitslosigkeit

Die Mär vom niederländischen Jobwunder

"Alle schaffen Arbeitsplätze, nur wir Deutschen nicht", da sind sich Politiker, Medien und "Wirtschaftsexperten" einig. Da ist zum Beispiel vom "Erfolg des niederländischen Modells aufgründ der für das Land so typischen Diskussionskultur" die Rede. Damit ist gemeint, daß Gewerkschaftsführung und Unternehmer sich an grünen runden Tischen zusammensetzen.

Holger Frauenrath, Aachen

Die offizielle Arbeitslosenquote ist in den Niederlanden in den letzten Jahren konstant gesunken, bis auf 6,3 Prozent 1996. Aber wie sehen die wirklichen "Erfolge der Diskussionskultur" aus?

Johan Stekelenburg, der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes FNV, propägiert "Arbeit vor Einkommen". Für die Arbeitnehmer bedeutet das, daß sie inzwischen im Durchschnitt 40 Prozent weniger in der Tasche haben als deutsche

und fliegen aus der Statistik. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit wird von der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der UN) auf 27 Prozent geschätzt. Die Beschäftigung ist in den letzten Jahren real gesunken. Und die andere Seite der Medaille? Für Unternehmer sind die Niederlande zur Steuerparadies geworden. Die Gewerbesteuer ist bereits abgeschafft. Unternehmer, die alle steuerlichen Möglichkeiten ausnutzen, landen bei einer Gewinnbesteuerung von gerade mal 7 Prozent. Der Umsatz, den der Shell-Konzern pro Arbeitnehmer im Jahr 1990 auf 670.000 Gulden im Jahr 1995 rasant gestiegen. Daher weht der Wind!

Wenn die deutschen Unternehmer jammern, "die Gewerkschaften hier sind zu unflexibel", dann träumen sie von den Profiten der europäischen Nachbarn. Auch deswegen sind sie für den Euro, damit das Sozial-, Lohn- und Steuerdumping der Nachbarn hierzulande ohne Währungsverzerrungen spürbar wird. Wir alle sollen dafür zah-

Belgien

Mehr als in den vergangenen Wochen traten die belgischen Krankenhausärzte in den Streik, und hielten an den Kliniken nur noch einen Notdienst aufrecht. Sie protestieren gegen die geplanten Kürzungen im Gesundheitswesen durch die Regierung.

Streik in Nordirland

Seit dem 14. April befinden sich die 280 Arbeiter des Autotoolieferers Montupet im nordirischen Dunnyry im Streik zur Verteidigung ihrer Arbeitsbedingungen und Löhne. Um die Streikenden einzuschüchtern wurden 20 Arbeiter, darunter auch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, entlassen und Streikbrecher aus Frankreich eingesetzt. 28 Streikende wurden per Gericht mit einer Verhaftung bedroht, falls sie sich weiterhin an Streikposten beteiligen. Diese Maßnahmen haben die Entschlossenheit der Kollegen bisher nur gestärkt und es fanden schon mehrere Streikposten-Proteste statt. Aufgrund der repressiven Anti-Gewerkschafts-gesetze ist der Streik illegal und wird von der Gewerkschaft nicht offiziell unterstützt. In Deutschland gehört Ford zu den Abnehmern von Montupet-Produkten. Ford-Betriebsräte und Vertrauensleute wurden informiert und aufgefordert, den Streik zu unterstützen. Die Sozialistische Partei in Irland (Schweizerpartei der SAV) unterstützt die Streikenden und ruft alle SAV-Ortsgruppen und alle GewerkschaftlerInnen auf. Solidarität mit den Montupet-Kollegen zu leisten.

Bitte schickt Solidaritätsschreiben an: Jeff McClay, Montupet, 41 Queens Road, Parkhall, Antrim BT41 1AL, Nordirland.

Verhaftung in Kasachstan

Ainur Kurmanov, der stellvertretende Vorsitzende der Jungkommunisten Kasachstans wurde verhaftet und zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses an einem unbekannten Ort festgehalten. Schickt Protestfaxe an die Fortsetzung nach der sofortigen Freilassung an die Redaktion. Kasachstan ist

Meckern kann jeder – selbst aktiv werden!

Die offene oder versteckte Große Koalition in Bonn und in den Ländern hat eins bewiesen: von keiner der alten Parteien kommt irgendeine Lösung oder gar Linderung unserer Probleme. Wenn keine Wunder von oben zu erwarten sind, was bleibt uns Arbeitnehmern und Arbeitslosen anderes übrig, als uns selbst politisch zu organisieren?

Brent Kennedy, SAV Bremerhaven

Meckern kann jeder. Auf Politiker schimpfen und nichts tun ist billig. Fangen wir endlich an, sie zu bekämpfen.

Wer „A“ sagt, muß auch „B“ sagen. Früher sagte die SPD den Arbeitnehmern: Wählt uns, und wir erledigen die Dinge für Euch, überläßt es den Experten. Also eine Entmundung, das Gegenteil von Demokratie. Und in den „guten alten Zeiten“, als die Konzerne noch bereit waren, mittels der SPD und Gewerkschaftsboose Zugeständnisse zu machen, waren auch die meisten damit zufrieden.

Biß jetzt, wo wir uns gegen Stellen-, Lohn- und Sozialabbau wehren müssen, steht die SPD nicht mal mit warmen Worten zur Verfügung. Denn in den meisten Fällen sind es ja die SPD-regierten Städte und -Länder, die kürzen, privatisieren, abbauen und schließen. Die Grünen auch. Die PDS-Bürgermeister auch.

Und wegen jahzehnelanger Stellvertreterpolitik sehen jetzt die Betroffenen nackt und unorganisiert da. Also müssen wir uns halt organisieren und uns gemeinsam – auf uns selbst verlassen.

Die Reichen haben ihre eigenen Parteien, die ausschließlich



Jetzt ist nicht die Zeit, in der Stube über die Schlechtigkeit der Welt zu philosophieren, sondern aktiv zu werden, auf der Straße, in Betrieben und Schulen für sozialistische Ideen zu kämpfen.

ihre Interessen vertreten. Wir Arbeitnehmer brauchen unsere eigene. Die SPD ist das längst nicht mehr. Also brauchen wir eine neue.

Wir hoffen, daß in Zukunft die Gewerkschaften, Umwelt- und Jugend- und andere Bewegungen zusammenkommen und eine neue Massenpartei gründen. Die SAV wird dabei sein. Dort, wo wir die stärkste linke Kraft sind, werden wir die Initiative dazu ergreifen.

Aber wir können nicht warten, bis sowas vom Himmel fällt. Wir müssen den ersten Schritt machen, indem wie die SAV als klare politische Alternative zu denen da oben aufbauen.

Und Dein erster Schritt, liebe Leserin und lieber Leser, ist selbst aktiv zu werden, der SAV beizutreten und damit „B“ zu sagen. Oder gibt's einen besseren Weg?

Jetzt bestellen:

Die Broschüre der SAV über Weltwirtschaft, Euro und Arbeiterbewegung

100 Seiten,
8 DM,
ab 28. 6.
erhältlich

Der Niedergang
und der Aufbau
einer neuen
Arbeiterpartei!



SAV beteiligt sich am Euro-Marsch

Die Sozialistische Alternative (SAV) hat sich bundesweit an den Europäischen Marschen gegen Arbeitslosigkeit beteiligt und Busse für die Demonstration in Amsterdam organisiert. Seit April führten Ortsgruppen der SAV verstärkte Aktivitäten in der Öffentlichkeit durch. Bei Informationsständen in Einkaufsstrassen, vor Schulen und Berufsschulen wurden mehrere tausend Unterschriften zur Unterstützung der Märsche und gegen die Einführung des Euro gesammelt. Diese werden am Ende der Kampagne

Einem Aufruf des Kölner Euro-Marsch-Bündnisses zur Demonstration folgten 250 TeilnehmerInnen (siehe Foto) vor einem Nazi-Zentrum in Eschweiler bei Aachen demonstrieren (rund 100 Leute).

SAV-Mitglieder in Rostock verklebten über 1.000 Plakate in den Plattenbaustellungen und bekamen sehr gute Resonanz. Der erste Bus war nach drei Wochen ausverkauft. Die Berliner Ortsgruppe Prenzlauer Berg organisierte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Was sagen die Parteien zum Euro?“ 40 TeilnehmerInnen diskutierten mit Vertre-

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationalen“ (KAI engl. CWI Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demonstrationen. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.



Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E9 5QX, GB
Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk

Sozialistische Kandidaten in Frankreich

Bei den französischen Parlamentswahlen kandidierten in Paris auch Mitglieder der „Revolutionären Linken“, Schwesterorganisation der SAV, in der ersten Runde. Omar, Kandidat im 17. Arrondissement, erklärt die Gründe.

In meinem Wahlkreis gibt es noch 23 andere Kandidaten. Aber kein einziger fordert die Enteignung von Betrieben, die entlassen, das Wahlrecht für Ausländer, die Ablehnung der Verträge von Maastricht.

Es gibt ein Programm mit konkreten Forderungen, auf dessen Grundlage wir kandidieren, einen „Dringlichkeitsplan für Arbeiter“. Das ist die Wahlplattform für ein Bündnis mit anderen linken Kandidaten und vielen kleinen Organisationen. An Orten, wo es keine Kandidaten für diese Wahlplattform gibt, unterstützen wir kritisch die Kandidatur der kommunistischen Partei PCF, weisen dabei

aber auf die Grenzen ihres anti-kapitalistischen Programms hin und auf die Aufgabe ihres Kampfes gegen Maastricht, um Ministerposten zu gewinnen. In der zweiten Runde rufen wir nicht zur Wahl der Sozialistischen Partei auf, da sich ihr Programm zu wenig von dem der Regierung unterscheidet.

Über die Kandidaturen der Bündnis-Plattform hinaus, die wir unterstützen, stellen wir selber einen Kandidaten für die „Revolutionäre Linke“ im 17ten und 18ten Arrondissement in Paris auf.

Wir verbinden unsere Wahlkampagne mit unseren Aktivitäten, momentan mit dem Euro-marsch gegen Arbeitslosigkeit. Wir konnten nicht auf hohe Stimmzahlen hoffen, stattdessen haben wir eine große Mobilisierung unserer Sympathisanten erreicht bzw. einer Anzahl von Jugendlichen und Arbeitern, die wir vorher noch nicht kennen. Das ist auch das eigentliche Ziel unserer Kampagne.

ÖTV Aachen

Diskussion nicht erwünscht

In Aachen hat der ÖTV-Geschäftsführer Benz offensichtlich viel Angst vor Kritik. Dem Kollegen Georg Lohmeyer, Jugend- und Azubi-Vertreter an der RWTH (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule), drohte er mit Gewerkschaftsausschluss.

Claus Ludwig, Köln

Der Grund: Georg Lohmeyer zeichnet verantwortlich für eine Einladung des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Auf diesem Treffen wurde über den Vorschlag des ÖTV-Vorsitzenden, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verkürzen, diskutiert. Benz bezichtigte Lohmeyer des „offensichtlichen Sektierertums“ und redete von „politisch verbrämten Ideologien“, ohne dies allerdings zu belegen.

Offener Brief

Georg Lohmeyer nahm in einem offenen Brief an Benz Stellung: „Unwar ist ihre Behauptung, das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ bezeichne ‚die nicht-kämpferische Gewerkschafter‘, wie Sie es formulieren. In keiner unserer Publikationen oder sonstigen Äußerungen findet sich diese Behauptung wieder ... sie verwechselt unsere Kritik an

Ginge es nach dem Willen der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, so würden die unverschämten Angriffe der Arbeitgeber und der Bundesregierung mit ... entscheidener Gegenwehr beantwortet werden ... In Ihrem Schreiben gehen sie nicht auf die vom ‚Netzwerk‘ vertretenen inhaltlichen Positionen ein. Daher drängt sich der Verdacht auf, daß Ihre Drohung mit einem Ausschlußverfahren dazu dienen soll, die oben angesprochenen Streitfragen für die Diskussion in der ÖTV als tabu zu erklären.“

Welche Vorstellung Kollege Benz vom Kampf hat, zeigt seine Äußerung gegenüber den „Aachener Nachrichten“. Auf die Beschwerde der Aachener Studententwerker, in ihrem Kampf nicht ausreichend unterstützt worden zu sein, meinte er: „Wir haben das zum Thema im Kreisvorstand gemacht. Und wir haben den Oberbürgermeister angeschrieben, um die Landestregierung auf die Situation der Studentenwerke aufmerksam zu machen.“ Die Landestregierung war allerdings schon vorher aufmerksam: schließlich trieb sie die Privatisierungen und die Kürzungen bei den Studentenwerken höchstselbst voran.

Protestresolutionen an: Claus Benz, ÖTV-Kreisverwaltung Aachen, Dennerstraße 10, 52074 Aachen

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 190 Juni 1997

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
SAV
Sozialistische Alternative

Berlin: Hauptstadt der Arbeitslosen

„Herzlich willkommen in der Hauptstadt der Arbeitslosen“ – so wurden die Euro-marsch-Marschierer Anfang Mai am Berliner Bahnhof Friedrichstraße begrüßt. Berlin-Ost hat heute eine Arbeitslosenquote von 15 Prozent, Berlin-West sogar von 16 Prozent. Im letzten Jahr fielen 48.000 Arbeitsplätze weg.

Am 1. Mai hat der Berliner Verband der Metall-Arbeitgeber stolz verkündet, dieses Jahr 300 zusätzliche Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Prima, dann fehlen nur noch 12.000 Ausbildungsplätze in der Stadt.

Avon Amin, Berlin

Wirtschaftlich ist Berlin seit 1994 im Vergleich zu allen anderen Bundesländern Schlusslicht. Das Bruttoinlandsprodukt ging 1996 um 0,7 Prozent zurück. Seit 1991 hat sich die Zahl der Industriearbeitsplätze halbiert. Bis 2010 soll noch einmal ein Viertel der übriggebliebenen Arbeitsplätze wegfällen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). 60 Prozent der Berliner Industriebetriebe haben sich mit einem Standortwechsel befaßt oder wollen in nächster Zukunft umziehen (Studie des Berliner Senats 2/97).

Während die wirtschaftliche Talfahrt in Ostberlin bereits am Beginn der 90er Jahre einsetzte, begann sie in Westberlin erst Mitte der 90er Jahre. Der Wegfall der Berlin-Förderung und

das Ende der Sonderkonjunktur Ost machen sich mittlerweile bemerkbar. Verstärkt wird diese Entwicklung, weil die Konjunktur in der Elektrotechnik, Berlins größter Industriebranche, weiter schwach bleibt.

Solange die Logik der Marktwirtschaft regiert, steckt Berlin in einem Teufelskreis: Die Massenarbeitslosigkeit – dazu kommen die Hauptstadt- bzw. Prestigekosten – führt zu dramatischen Steuerausfällen. Die Verschuldung führt zu weiteren Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst. Die höhere Arbeitslosigkeit wird wiederum zu höheren Steuerausfällen führen.

Die Stadt steht vor der Zahlungsunfähigkeit. Zur Zeit beansprucht die Stadt einen Tagess-Kassenkredit von 5 Milliarden DM und überhauptrückstellungen zahlen zu können. Eine Bundeshauptstadt mit 3,5 Millionen EinwohnerInnen vor der Zwangsverwaltung?

Der SPD/CDU-Senat ist der Jobkiller Nr. 1: Mehr als 20.000 Stellen sollen bis 1999 im öffentlichen Dienst gestrichelt werden. Die Arbeitslosigkeit wird durch die beispiellose Privatisierungswelle weiter zunehmen. Mit der Privatisierung der Stromversorgung ist Berlin bundesweit Vorreiter. Die Privatisierung der Wasser-, der Gasversorgung, der Stadtreinigung oder der städtischen Kliniken drohen. In Berlin-Weißensee wurde im April das erste

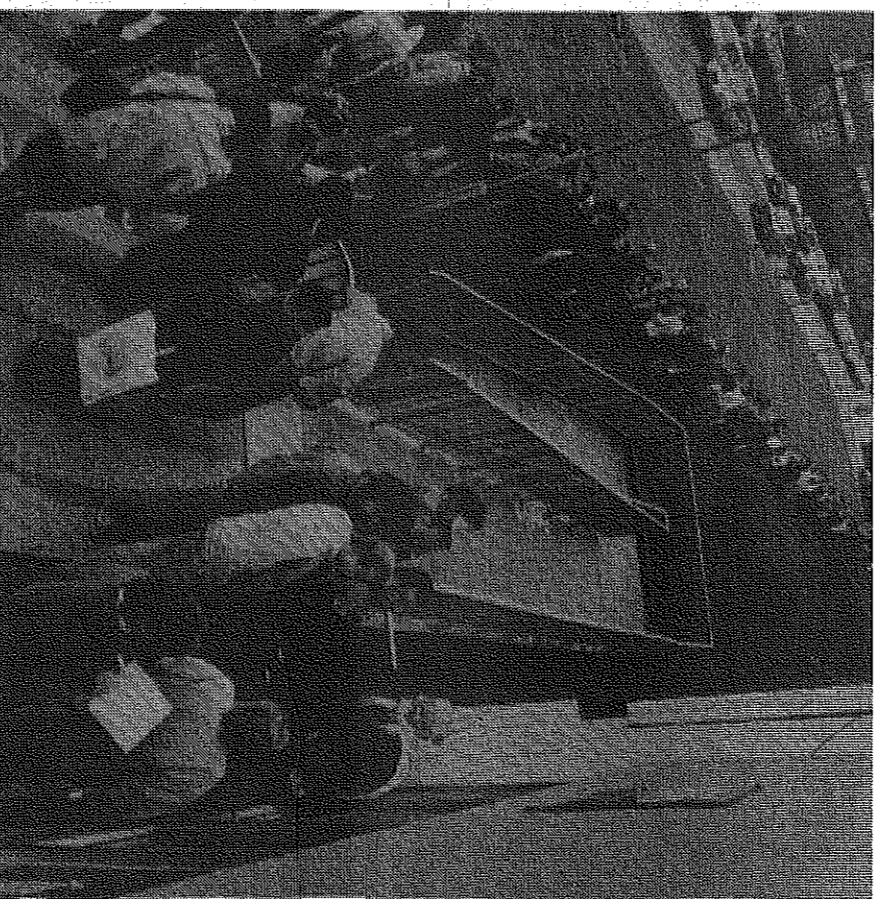
Privatkrankenhaus der Stadt eröffnet.

„Die politische Stimmung in Berlin ist auf dem Tiefpunkt“, laut Forsa-Umfrage vom März 1997 trauen 46 Prozent keiner Partei zu, die Probleme der Stadt zu meistern. Zwei Drittel begehren den Parteien mit Mißtrauen. Gewerkschaften, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und alle von Sozialabbau und Privatisierung Betroffenen müssen jetzt gemeinsam kämpfen. Ein einträglicher, herhinweiser Streik und Protest gegen die Seignaspolitik könnte den Aufwakt bilden.

5,5 Milliarden sahen die Banken jährlich an Zinszahlungen vom Senat ab. Schon durch Maßnahmen wie Entregnung der Banken, Einstellung der Zinszahlungen, Stopp der Prestigeobjekte würde ein Großteil der Schulden wegfallen.

Die Überstunden, die in Berlin geleistet werden, entsprechen 120.000 Jobs. Durch Arbeitszeitverkürzung und 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich: lieben sich hunderttausende neuer Arbeitsplätze schaffen.

Eine alternativen Politik ist möglich, aber nur, wenn man sich mit Banken und Konzernen anlegt. Von den etablierten Parteien ist eine solche Politik aber nicht zu erwarten. Auch die PDS muß zum Jagen getragen werden. Das geht nur, wenn aus den Betrieben und von der Straße erheblicher Druck organisiert und gebündelt wird. ■



Arbeitslosenschlange in Berlin: Allein 1996 wurden 48.000 Arbeitsplätze vernichtet

AEG/AMC in Moabit: Erhalt aller Arbeitsplätze

Moabit war jahrzehntelang Berlins wichtigster Industrie-Standort. Nun leidet der Stadtteil an 21 Prozent Arbeitslosigkeit. Im April wurde bekannt, daß der zweitgrößte Metallbetrieb, das Mobilfunkwerk AEG/AMC, zum 30. Juni geschlossen werden soll und 670 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

Sonia Engelhard, Berlin-Weedding

den Profit noch weiter in die Höhe treiben sollen. Bereits Anfang des Jahres war eine wichtige Anlage aus dem Betrieb verschwunden und die Kollegen berichteten, daß seit einiger Zeit die Aufträge an ihnen vorbeigeleitet werden.

Nach Bekanntgabe der Schließung fanden zwei Demonstrationen im Stadtteil statt mit jeweils 500 bis 1.000 TeilnehmerInnen. Um die Kollegen zu unterstützen und den Stadtteil zu mobilisieren, wurde Ende April eine Solidaritäts-Komitee gegründet, an dem sich AnwohnerInnen, die SAV, Betriebsräte und kritische Gewerkschafter beteiligen.

Das Solidaritäts-Komitee wird weiter aktiv bleiben und die Kollegen im Fall, daß sie den Kampf um die Arbeitsplätze wieder aufnehmen, nach besten

Vor genau einem Jahr ist das sogenannte „Bündnis für Arbeit“ gescheitert. Die Schlussfolgerung von DGB-Chef Schulte: Ein neues Bündnis für Arbeit muß her. Diesmal für Ostdeutschland. 100.000 neue Arbeitsplätze im Jahr sollen damit geschaffen werden.

Was haben Kohl und Schulte vereinbart? Öffnung der Flächentarifverträge, Lohnsenkungen, Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Der Flächentarifvertrag Ost hat bereits heute Löcher wie der Schweizer Käse: jeder zweite ostdeutsche Betrieb unterliegt keiner Tarifbindung mehr. Niedrigere Löhne als im Westen, längere und flexiblere Arbeitszeiten gibt es auch schon.

Dennoch steigt die Arbeitslosigkeit. Wenn die Unternehmer aus den Tarifverträgen aussteigen, heißt das nicht, daß die Gewerkschaften hilflos Zuseher sind und Hand und Fuß nicht haben.

Bündnis Ost für Lohnverzicht

men von Abbau verdammt sind. Niemand kann Gewerkschaften daran hindern, trotzdem für alle Betriebe flächendeckend die gleichen Forderungen zu stellen und auch flächendeckend Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Der größte Hammer des Bündnisses für Verzicht: Unternehmen soll es möglich sein, nicht mehr den vollen Lohn auszahlen zu müssen, sondern einen Teil in Anteilsscheinen zu vergüten. Am besten, ArbeiterInnen einer Schulfabrik erhalten statt Bargeld 200 Anteile, die sie selbst auf dem Markt verkaufen müssen. In Rußland ist es bereits soweit gekommen.

Daß Kohl und die Regierung eine Publicity-Aktion im Osten nötig haben, ist nachvollziehbar. Daß Gewerkschaftsfunktionäre sich dafür einspannen lassen, ist eine